: antifaschistische nachrichten

Nr. 5

g 3336 13.3.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Schlappe Seppl

München/Köln. „Bitte achten Sie am Sonntag auf das Ergebnis der Kommunalwahl in München", lautete es kurz vor der Wahl in einer Anzeige von „Pro Deutschland" in der „Jungen Freiheit". Denn „was heute möglich ist, erreichen wir morgen auch in Berlin", hieß es dort vollmundig. Allerdings fiel das Resultat anders aus, als es Manfred Rouhs, Vorsitzender von „Pro Deutschland" und Stadtrat der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln", erhofft hatte.

Mit einem Ergebnis von 0,9 Prozent blieb der Erfolg von „Pro München" jedenfalls eindeutig aus. Fast trotzig heißt in einem Kommentar auf der Webseite von „Pro Deutschland" zum Münchner Wahlergebnis: „Wahlteilnahmen sind mit Aussicht auf Erfolg nur dort möglich, wo der im Laufe der Zeit erarbeitete Unterstützerkreis mehrere Prozent der Wahlbevölkerung umfasst". Offensichtlich war „Pro München" soweit noch nicht. Künftig wolle „Pro Deutschland" Kandidaturen „nur noch dort unterstützen, wo diese Voraussetzung erfüllt ist", heißt nun. Ob es angesichts dieser Vorbedingungen jemals zu einer erfolgreichen Kandidatur in Berlin kommen wird, steht derzeit noch nicht einmal in den Sternen. *hma* ■

Flächendeckende Kandidatur

Bayern. Zur Landtagswahl im September wird die NPD in Bayern flächendeckend antreten. Nach eigenen Angaben konnten alle 91 Stimmkreise besetzt werden. Karl Richter, Spitzenkandidat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München" (BIA) bei der Kommunalwahl, wird im Münchner Wahlkreis 107 (Ramersdorf) kandidieren. Die BIA erhielt 1,2 %, so dass Richter ins Stadtparlament einzieht. In Nürnberg konnte die BIA ihre Stimmen von 2,3 auf 3,5 % verbessern und hat nun zwei Sitze. In einer Pressemitteilung bot Richter allen den „vielen braven Basisarbeitern" von „Pro München" die Zusammenarbeit an. Man könne jetzt ohne überflüssige Konkurrenz an die Arbeit gehen. *u.b.* ■

Aus dem Inhalt:



Spontandemonstration – Liste „Ausländerstopp" mit einem Sitz im Münchner Stadtrat

München. Am Dienstag, den 4.3. zogen rund 80 Münchner AntifaschistInnen spontan durch die Münchner Fußgängerzone. Anlass dazu war der Einzug der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) in den neuen Münchner Stadtrat.

Ab 18 Uhr sammelten sich auf dem Münchner Marienplatz ca. 80 vorwiegend autonome AntifaschistInnen zu einer spontanen und unangemeldeten Demonstration gegen den Einzug der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" in das letzten Sonntag neu gewählte Münchner Stadtparlament. Außerdem wurde gegen die Hetze der bürgerlichen Parteien gegen MigrantInnen im Laufe des Wahlkampfes Stellung bezogen, sowie das faktische Demonstrationsverbot in der Münchner Fußgängerzone durchbrochen.

Nach zehn Minuten zogen die Versammelten unter lauten Parolenrufen über die große Münchner Einkaufsmeile in der Neuhauser-/Kaufingerstraße in Richtung Stachus, ohne dass nennenswerte Polizeikräfte zu sehen gewesen wären. Die Stimmung auf der Demonstration war durchgehend gut und lautstark, weswegen wohl eine Menge shoppende Leute erreicht worden sind; die Reaktionen waren auch durchaus positiv.

Nachdem die Demonstration das Karlstor passiert hatte, zog sie über den vielbefahrenen Stachus und die Bayerstraße in Richtung Hauptbahnhof. Erst nach einer Dreiviertelstunde ließ sich die bayerische Bereitschaftspolizei blicken, was die rasche (Selbst-)Auflösung der Demonstration zur Folge hatte.

Fazit: Eine gelungene Aktion, die trotz sehr kurzer Mobilisierungszeit (ein Tag) ganz gut besucht war und mit der Missachtung des Demonstrationsverbotes in der Fußgängerzone ein erfreuliches Zeichen im Hinblick auf das geplante, neue Versammlungsrecht in Bayern gesetzt hat.

Quelle: www.de.indymedia.org ■

Bei den bayrischen Kommunalwahlen am 2. März traten in mehreren Kreisen zur Wahl der Landräte auch Kandidaten der Republikaner an. Insgesamt chancenlos erreichten diese Stimmenanteile von 4,9 % im Berchtesgadener Land, 3,7 % in Erding, 1,8 % in Nürnberg-Land. Für die Kreistage erhielten die REP in Ingolstadt 2,6 % der Stimmen, in Dingolfing – Landau 3,8 % und in Erding 5,2 %. *Newsletter 3/2008 DIE LINKE/BAG Antifaschismus* ■

Hetze gegen Ausstellung

Görlitz. Mit einem neuen Faltblatt wirbt die „Aktion gegen das Vergessen" um Unterstützung. In der von Jürgen Hösl, ehemals Bundesvorsitzender der „Schlesischen Jugend", unterzeichneten Schrift wird Stimmung gemacht gegen die Ausstellung „Größte Härte…", in der Verbrechen der Wehrmacht im Krieg gegen Polen im Jahr 1939 thematisiert werden.

Als Alternative zu der als „polnische Greuelhetze gegen deutsche Soldaten" bezeichneten Ausstellung empfiehlt die „Aktion gegen das Vergessen" den Erwerb des Buches „Größte Zumutung… Vergehen gegen die historische Wahrheit" des Historikers Daniel Heintz, das im vergangenen Jahr im extrem rechten „Regin-Verlag" (Wachtendonk) erschien. Das mit einem Vorwort des ehemaligen Generalleutnants und extrem rechten Publizisten Franz Uhle-Wettler versehene Buch habe die Gruppe um Hösl zur Eröffnung der Ausstellung am 1. September 2007 in Nürnberg in Auszügen „50.000 mal per Fax und 30.000 mal per Briefpost" verschickt. Außerdem renoviere die Gruppe Friedhöfe und Kriegsgräber in Ostdeutschland, errichte „Denkmäler z.B. in Oberschlesien für die gefallenen Freikorpskämpfer" und „zerre politisch Verblendete vor Gericht". Schon „über 37 Vertreter des Systems (vom Politiker bis zum Richter)" habe man bislang „teils erfolgreich angezeigt".

Man trete „den polnischen Chauvinisten öffentlichkeitswirksam auf die Füße" und stelle sich sogar „den linken Chaoten in den Weg". Wie z.B. im vergangenen Jahr im bayrischen Schliersee, als man sich nach der kurzfristigen Absage der alljährlichen Annaberg-Gedenkfeier der Anhänger des „Freikorps Oberland" in der dortigen Weinbergkapelle „verschanzt" habe. Zudem sei man in den letzten beiden Jahren mit „je 120 Mitstreitern" und Wachsfackeln durch Zittau marschiert und habe dort der „Zerstörung Dresdens 1945" gedacht. Es liege „nun an der jungen Generation, sich den Geschichtsfälschern, welche unsere Vorfahren in den Dreck ziehen, entgegen zu stellen".

Nun hofft die Gruppe um den ehemaligen DSU-Stadtrat Hösl darauf, das sich die „Erlebnisgeneration wenigstens großzügig finanziell an diesem Ringen beteiligt". Auch Bücherspenden würde dabei gerne angenommen, so das Faltblatt der Gruppe um Hösl, der zusammen mit seinen Mitstreitern 2006 in Polen u.a. wegen „Aufstachelung zum Völkerhass" zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde.

hma ■

68er im Visier

Hannover/Dortmund. In einem Interview mit der Zeitschrift „Der Selbständige" des „Bund der Selbständigen NRW" (BDS) und der „Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer" (BVMU) kündigt Erika Steinbach, Präsidentin des „Bund der Vertriebenen", eine neue Ausstellung „zur Siedlungsgeschichte der Deutschen" an. Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen" werde auch nach dem Beschluss der Bundesregierung, ein „sichtbares Zeichen" zur Erinnerung an die „Vertreibung" nach dem Zweiten Weltkrieg zu setzen, ihre Arbeit nicht einstellen, so Steinbach.

Die als Arbeitsgemeinschaft aus dem BDS NRW hervorgegangene „Stimme der Mehrheit" organisiert unterdessen ein Frühjahrssymposium am 11. und 12. April in Hannover. In diesem Jahr sollen dort die „68er und ihr erfolgreicher Marsch durch die Institutionen" aufs Korn genommen werden. Sieben Referenten, so die Ankündigung, wollen „den Spuren der ideologischen Gesellschaftsveränderer" folgen und aufzeigen, „welche Institutionen die 68er vorrangig im Visier haben". Dabei soll sich, so der „Stimme der Mehrheit Vorsitzende Hans-Jürgen Mahlitz, ehemals Chefredakteur des „Ostpreußenblatt", der Blick darauf richten, in wie weit „unsere heutige Gesellschaft und ihre künftige Entwicklung" bereits von der „Revolution der Unkultur" geprägt seien. Als Referenten werden Prof. Dr. Alexander Schuller, der ehemalige Staatssekretär Dr. Jürgen Aretz, Heribert Seifert, die Publizisten Ulrich Schacht und Dr. Konrad Adam, der langjährige „Die Welt"-Redakteur Gernot Facius und Nathanael Liminski angekündigt. Letzterer entstammt einer „Opus Dei"-Familie und moderierte im vergangenen Jahr eine Podiumsdiskussion auf dem Kongress des „Forum Deutscher Katholiken", auf dem auch Eva Herman als Rednerin auftrat.

hma ■

„Witiko-Bund" im Raum Stuttgart

Stuttgart/Königswinter. Der revanchistische „Witiko-Bund" will am 15. März ab 15.30 Uhr im Raum Stuttgart-Bad Canstatt eine Veranstaltung mit Mark Scharfenberg aus Königswinter durchführen. Der Vater von zwölf Kindern soll zum Thema „Abenteuer volkstreue Großfamilie" sprechen. Scharfenberg gehörte, wie auch seine spätere Frau Birgit Golombek, dem 1987 von der „Wiking-Jugend" abgespaltenem „Deutschen Jugendbund – Sturmvogel" an. Auf der Liste der sog. „Republikaner" zog Scharfenberg Ende der 80er Jahre in die Bezirksvertretung des Kölner Stadtteils Mülheim ein. Birgit Golombek engagierte sich später bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat". Beworben wird die Veranstaltung mit Scharfenberg u.a. in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa".

abk ■

Neonazi Oliver Hilburger darf kein Arbeitsrichter bleiben

Stuttgart. Das Landesarbeitsgericht hat den ehrenamtlichen Arbeitsrichter Oliver Hilburger seines Amtes enthoben. Der Musiker der Neonaziband „Noie Werte" weigerte sich, das Amt freiwillig niederzulegen .

Im Sommer vergangenen Jahres ist der CGMler nach längerem Hin und Her als Betriebsrat zurückgetreten. Obwohl schon damals Hilburgers Neonazi-Aktivitäten bekannt waren, hieß es von den Betriebsräten der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM), man könne ihm nichts vorwerfen. Vergeblich forderte die IG Metall von Hilburger und den CGM-Betriebsräten, sich von den rechtsradikalen Texten und den Aktivitäten der Neonaziband „Noie Werte" zu distanzieren.

Auch der CGM-Bundesvorsitzende Reinhardt Schiller sah im Rahmen eines Fernsehbeitrages keinen Anlass, sich zu distanzieren und meinte, dass jemand, der wie Hilburger Nazi-Texte singe, doch trotzdem als Arbeitsrichter Recht sprechen könne.

Das sieht nun das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg ganz anders. In der Begründung der Amtsenthebung hieß es, Hilburger habe durch sein Verhalten das Ansehen eines ehrenamtlichen Richters beschädigt.

Aus Scheibenwischer, Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten bei DaimlerChrysler, Februar 2008 ■

Ermittler sehen Brandanschlag als „äußerst unwahrscheinlich" an

Ludwigshafen. Einen Monat nach der Feuerkatastrophe in Ludwigshafen mit neun Toten schließen die Ermittler einen Anschlag weitgehend aus. Eine fremdenfeindliche oder anders motivierte vorsätzliche Brandstiftung sei „äußerst unwahrscheinlich", sagte der Leiter der Staatsanwaltschaft Frankenthal, Lothar Liebig, am Dienstag in Ludwigshafen. Am wahrscheinlichsten sei als Ursache ein „wie auch immer geartetes fahrlässiges Verhalten", sagte Liebig.

Er berichtete weiter, zwei Mädchen, die einen Brandstifter gesehen haben wollten, hätten ihre Aussagen korrigiert. Einen technischen Defekt schließen die Ermittler als Ursache weiter aus. „Wir haben ein offenes Feld an Möglichkeiten, wie sich dieses Feuer entwickelt ha-

ben könnte“, sagte Liebig. Bei dem Brand waren am 3. Februar neun türkische Frauen und Kinder gestorben, 60 Menschen wurden verletzt.

Auch der Leiter der türkischen Ermittlergruppe, die von der Regierung in Ankara nach Ludwigshafen geschickt worden war, Mehmet Tüzel, sagte, es gebe keinen Hinweis auf einen Anschlag. Ein solcher könne aber auch nach wie vor „nicht gänzlich“ ausgeschlossen werden. Ähnlich äußerte sich Liebig. Die türkischen Ermittler sollen in den nächsten Tagen in ihr Heimatland zurückkehren.

Der Brand war unter den untersten Stufen der Kellertreppe des viergeschossigen Hauses ausgebrochen, auf einer „räumlich eng begrenzten Fläche“. Eine Kerze oder Zigarette als Zündquelle sei nicht sehr wahrscheinlich, könne aber auch nicht ausgeschlossen werden, sagte Liebig.

Laut Gutachten hatte das Feuer zunächst 15 Minuten bis drei Stunden geschwelt, ehe die Flammen in die oberen Stockwerke vorgedrungen seien. Die Kellertür sei zunächst geschlossen gewesen, aber wohl nicht abgeschlossen.

Zwei acht und neun Jahre alte türkische Mädchen hatten zunächst behauptet, einen Mann in dem Haus mit Feuer hantieren gesehen zu haben. Dies hätten sie korrigiert, sagte Liebig. Die Kinder wollen zwar weiter einen Mann in dem Haus gesehen haben, der aber nichts mit Feuer gemacht habe. Es gebe keinerlei Hinweise darauf, dass die Mädchen eigenes Fehlverhalten mit ihrer Aussage hätten verdecken wollen, sagte Liebig. Ein Psychologe habe darauf hingewiesen, dass die Mädchen stark traumatisiert gewesen seien.

Liebig betonte noch einmal, dass in dem Haus keinerlei Spuren von Brandbeschleunigern gefunden worden seien. Auch die Tatsache, dass das Feuer sich sehr langsam entwickelt habe, spreche gegen einen Anschlag. Brandstifter gingen in der Regel anders vor. Auch die Ermittlungen in der rechtsextremen Szene hätten keine Hinweise gebracht. Nach Angaben der Polizei wurden bislang mehr als 200 Spuren ausgewertet. Die Ermittlungsaufwand soll nun personell reduziert werden. Im Kern soll eine etwa zehnköpfige Gruppe die Arbeit weiterführen. Liebig appellierte noch einmal an mögliche Zeugen, sich bei der Polizei zu melden. (dpa, 4. März 2008)

Sicherlich ist es beruhigend, dass sich ein Brandanschlag als Ursache des furchtbaren Brandunglücks in Ludwigshafen durch die polizeilichen Ermittlungen nicht bestätigt hat.

Allerdings kann nach dem Stand der Ermittlungen nach wie vor nichts ausgeschlossen werden. Ein Restzweifel bleibt also bestehen.

scr, Kommunal-Info Mannheim, 5-2008 ■

Molau neuer Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion Meckl.–Vorpommern

SCHWERIN. Der gescheiterte Spitzenkandidat der Niedersächsischen NPD im Landtagswahlkampf 2008, Andreas Molau, wurde in diesem Jahr schon mehr als einmal im Landtag von MV gesehen. Wie sich jetzt herausstellte aus gutem Grund: Molau ist nach eigenen Angaben seit Beginn der Woche neuer Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion in Schwerin.Dies berichtete NDR1 in einem Beitrag. Damit ist Molau das dritte NPD-Bundesvorstandsmitglied, das in der Schweriner Landtagsfraktion sein finanzielles Auskommen findet. Nach Informationen von ENDSTATION RECHTS. soll der ehemalige JN-Bundesvorsitzende Stefan Rochow für Molau in der NPD-Fraktion Platz machen

www.endstation-rechts.de ■

Alle sahen zu...

SIEGEN/AACHEN/WIEHL. Nach drei Ausstellungstagen auf dem Hauptbahnhof von Aachen ist der „Zug der Erinnerung“ in Siegen eingetroffen. Der Zuspruch, den die Koordinatoren aus Aachen melden, übersteigt sämtliche Erwartungen: „Wir sind im Augenblick bei der Auswertung und werden uns nächste Woche noch einmal mit allen Helfern und Unterstützern treffen, um ein Fazit zu ziehen,“ heißt es in einem Kurzbericht der dortigen Volkshochschule. „Vorab ein paar Daten: über 100 Schulklassen in zwei Tagen / insgesamt pro Tag zwischen ca. 1.900 (Sonntag) und über 2.000 (Dienstag) BesucherInnen / 25 HelferInnen aus dem Unterstützerkreis / 5 BegleiterInnen, die die Gruppen inhaltlich eingewiesen haben und eine Unmenge positiver Rückmeldungen zum Zug aber auch zu unserer Arbeit.“

Ein ähnliches Echo verspricht der zweitägige Aufenthalt in Siegen. Dort kam es am Mittwoch zu einem schmerzlichen Zusammentreffen: Cecylja Kusmenko, eine aus Polen stammende Siegenerin, besuchte den Zug, der sie an ihren eigenen Leidensweg erinnerte. Frau Kusmenko war im Alter von 17 Jahren verhaftet und in die Lager Ravensbrück und Buchenwald verschleppt worden. Helfer im „Zug der Erinnerung“ bahnten der schwer gehbehinderten Überlebenden einen Weg, doch brach Frau Kusmenko den Rundgang nach wenigen Metern ab - von Erinnerungen an Deportation, Haft und Zwangsarbeit im „Fraueaußenkommando“ gepeinigt. „Alle sahen zu, wenn wir unter Bewachung durch die Straßen getrieben wurden. Niemand hat uns geholfen.“ Eine Rente habe sie „nie bekommen“, berichtet die 82-Jährige, „obwohl das immer wieder versprochen wurde.“

Zur Eröffnung der Ausstellung waren der stellvertretende Landrat, der Siegener Bürgermeister und der DGB-Kreisvorsitzende auf den Hauptbahnhof gekommen. Landrat Jürgen Althaus (CDU) erinnerte an die in Siegen begangenen Deportationsverbrechen:

„Jeden Tag fahren Züge den Hauptbahnhof in Siegen an, entlassen Menschen in die Innenstadt, nehmen neue Reisende auf und verlassen den Bahnhof wieder. Ein alltägliches Geschehen. Heute wie damals. Doch vor 66 Jahren fuhren von hier – mitten zwischen den regulären Zügen – Züge des Grauens. Am 27. Juli 1942 verließ ein Güterzug den Siegener Hauptbahnhof. Darin zusammengetrieben und eingepfercht: 41 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus Siegen und der Region. Sein Ziel: Die Vernichtungslager Sobibor und Belzec in Polen. Es folgten drei weitere Deportationszüge



aus Siegen: Bis September 1944 wurden insgesamt etwa 84 jüdische Mitbürger aus der Region in die Konzentrationslager der Nazis verschleppt. Nur wenige überlebten...Aus der Stadt Siegen wurden sechs 6 jüdische Kinder und Jugendliche deportiert und in die Vernichtungslager gebracht:

Salo Buchthal, geboren 1940
Fritz Kessler, geboren 1925
Ruth Landesmann, geboren 1938
Ruth Meyer, geboren 1926
Norbert Wolff, geboren 1930
Ruth Beate Wolff, geboren 1931

... Sie hatten ihr ganzes Leben noch vor sich. Doch in Nazi-Deutschland wurden sie all der Hoffnungen und Träume, die man als junger Mensch hegt, beraubt ... Der ‘Zug der Erinnerung’ mahnt uns alle, ein Zeichen zu setzen: Gegen Antisemitismus, Fremdenhass und nationalen Größenwahn, damit ein solches Unrecht nie wieder geschieht!

Vom 13- bis 15. März steht der Zug auf dem Hauptbahnhof in Köln, Gleis 1 (in Richtung Eigelstein)

www.zug-der-erinnerung.de ■

Berliner Initiative ruft zu Protesten gegen die Bahn AG auf

Berlin/Aachen. Zu einer Großveranstaltung vor dem Brandenburger Tor und einem anschließenden Schweigemarsch zur Zentrale der Deutschen Bahn AG rufen die Berliner Initiatoren für den „Zug der Erinnerung" auf. Damit soll der über 4.600 Kinder und Jugendlichen gedacht werden, die aus der deutschen Hauptstadt mit der „Reichsbahn" in die Vernichtungslager deportiert wurden. Zugleich wollen die Veranstalter darauf aufmerksam machen, dass die Deutsche Bahn AG als „Erbe des ‚Sondervermögens Deutsche Reichsbahn'" für die bundesweite Fahrt Gebühren erhebt.

Die Großveranstaltung vor dem Brandenburger Tor wird am Abend des 12. April eröffnet, einem Samstag. Um an die Opfer zu erinnern, sollen anschließend über 4.600 Kerzen mit Namensschildern der Deportierten zum Potsdamer Platz getragen werden. Dort residiert die Konzernzentrale der Deutschen Bahn AG. Einen Tag später (Sonntag, 13. April) wird der „Zug der Erinnerung" in Berlin eintreffen und für zehn Tage zur Verfügung stehen. Allein den Gedenkaufenthalt auf mehreren Berliner Bahnhöfen belasten Bahn AG und Verkehrsministerium mit Kosten zwischen fünf- und zehntausend Euro.

Trotz hunderter Briefe und Petitionen an beide Verwaltungen erklären die Bahn- und Ministerialsprecher unisono, die Erhebung von Gebühren für das Gedenken sei unabänderlich. Pro stündlichem Ausstellungsaufenthalt des Zuges werden zwischen 22. und 45.- Euro verlangt, pro gefahrenem Kilometer 3,50 Euro. Für die Nachtabstellung der Ausstellungswagen mit Fotos und Dokumenten der Deportierten fallen stündlich weitere 5.- Euro an, für die Bereitstellung von Stromanschlüssen (ohne Stromverbrauch) zwischen 225.- und 945.- Euro pro Stecker. Bei einer Gesamtstrecke von rund 6.000 Kilometern und 60 Stationsaufenthalten von mindestens 2 Tagen summieren sich die Forderungen der Bahn AG auf 70 bis 100 Tausend Euro.

Zu Protesten gegen diese Forderungen rief auch die Bürgermeisterin von Aachen am Sonntag auf, als der „Zug der Erinnerung" im Hauptbahnhof einlief. Zuvor hatte die mobile Ausstellung in Wuppertal und Leverkusen Halt gemacht. Durch die Grenzstadt Aachen kamen zehntausende Deportationsopfer, die in Belgien interniert wurden, um anschließend per „Reichsbahn" durch Deutschland geschleust zu werden. Ziel waren die Vernichtungslager. An diese Opfer erinnerten Aachener Jugendliche mit Fotos und Dokumenten, die sie am Sonntag in den Zug einbrachten.

www.zug-der-erinnerung.de ■

Antimuslimischer Rassismus kein Thema für die Bundesregierung

Berlin. Wenn extrem rechte Parteien auf Kosten von in Deutschland lebenden Muslimen Wahlkampf machen und auf Internetseiten in rassistischer, beleidigender, hasserfüllter und oft gewaltverherrlichender Weise gegen „den Islam" und Migranten aus Ländern des Nahen- und Mittleren Ostens gehetzt wird, ist dies für die Bundesregierung offenbar kein Grund zur Besorgnis.

Die Fraktion Die LINKE hatte eine Kleine Anfrage zu „Antimuslimischem Rassismus und Rechtsextremismus" gestellt (BT-Drucksache 16/8008). Die Antworten der Bundesregierung sind mehr als dürftig. „Das Thema ‚Moscheenneubauten' wird in der rechtsextremistischen Szene als Aufhänger genutzt, um Angst vor Islamisierung, damit generell vor Überfremdung zu schüren" heißt es lapidar.„Antiislamische Äußerungen finden sich im Internet auf zahllosen Homepages in Gästebüchern, Chatrooms, Diskussionsforen, Weblobs sowie Newsgroups." Welche Weblogs das sind, kann die Bundesregierung ebenso wenig aufzählen wie Erkenntnisse über die extrem rechte Pro-NRW- und Pro-Deutschland-Bewegung.

In populistischen und rassistischen Kampagnen gegen „den Islam" sieht die extreme Rechte – nicht nur in Deutschland – aktuell ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda. Solche Kampagnen sollen als Eintrittsticket von Rechtspopulisten und Rechtsextremen zur politischen Mitte dienen. So konstatierte die Studie „Deutsche Zustände 2006" des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer eine „steigende Islamophobie" in Deutschland auch unter Gebildeten.

Im Unterschied zur Bundesregierung wird DIE LINKE weiterhin Rassismus und Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft öffentlich benennen.

Die Kleine Anfrage und die Antwort der Bundesregierung sind veröffentlicht auf: *www.ulla-jelpke.de* ■

Nazikundgebung erfolgreich behindert

Erfurt. Am 25.2. versammelten sich ab 18:00 Uhr auf dem Erfurter Anger rund 20 Neonazis, um gegen die Befreiung vom deutschen Faschismus durch die Alliierten zu demonstrieren. Mit Fahnen der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) und einem Transparent ausgerüstet, verteilten sie geschichtsrevisionistische Flugblätter der NPD und der JN. Das Bundesvorstandsmitglied der JN Dominik Weinlich zeichnete für die Flugblätter verantwortlich.



Soeben ist die Ausgabe Nr. 30 der LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW - erschienen. Schwerpunkt ist diesmal der sog. Rechtspopulismus. Konkret wird in NRW damit oft die Strategie der extrem rechten Partei „Pro Köln" bezeichnet, die sich als angebliche Bürgerbewegung nun ausbreiten will (Pro NRW). Außerdem berichten wir wie gewöhnlich ausführlich in unseren Rubriken „Extreme Rechte", „Geschichte", „Gesellschaft", „Rassismus", „Grundlagen" oder „Kurzberichte".

LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
http://www.free.de/lotta
Erhältlich ist LOTTA für 3 Euro in gut sortierten Buchläden, 4 Euro als Einzelexemplar per Post sowie für 13 Euro als Viererjahresabo. Näheres sowie Rabatte für WeiterverkäuferInnen siehe http://www.free.de/lotta.

Um gegen die öffentliche Präsenz der Neonazis zu demonstrieren, versammelten sich spontan etwa 40 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Sie sammelten den Großteil der verteilten Neonazi-Flugblätter wieder ein und informierten gleichzeitig die PassantInnen auf dem Anger über die Propaganda der NPD/JN. Nach knapp 50 Minuten räumten die Nazis unter Applaus der AntifaschistInnen entnervt den Anger.

„Nur dem spontanen und entschiedenen Handeln zahlreicher Antifaschistinnen und Antifaschisten ist es zu verdanken, dass den Neonazis heute erneut erfolgreich Widerstand entgegengesetzt wurde. Ihnen wurde unmissverständlich deutlich gemacht, dass es in Erfurt keinen Platz für Nazipropaganda gibt", erklärte Uli Klein. Um sicherzugehen, dass die Nazis sich nicht erneut zu einer Kundgebung versammelten, geleiteten die AntifaschistInnen die NPD/JN-Anhängerinnen und Anhänger aus der Innenstadt. An der Straßenbahnhaltestelle Augustinerstraße zerstreute die Polizei endlich den braunen Spuk.

Antifaschistische Koordination Erfurt [AKE] ■

„Pro Köln"-Antrag scharf zurückgewiesen

Dem Kölner Stadtrat lag auf der Ratssitzung am 4. April ein Antrag von der Fraktion „pro Köln" vor, in dem sie „den Beitritt der Stadt Köln zum Bündnis ‚Städte gegen Islamisierung', bestehend zunächst aus den Städten Köln, Wien und Antwerpen" forderten.

Die Fraktionsvorsitzende der Rechtsextremen Judith Wolter begründete den Antrag:

„Europäische Patrioten haben vor wenigen Wochen in Antwerpen eine enge politische Kooperation im Kampf gegen die Islamisierung der europäischen Großstädte und Metropolen geschlossen. Nächster Höhepunkt der europaweiten Aktivitäten dieses neuen nonkonformen Städtebündnisses wird ein ‚Anti-Islamisierungs-Kongreß' am 20.9.2008 in Köln sein."

SPD, Grüne und DIE LINKE kritisierten „pro Köln" scharf. Ratsfrau Susana dos Santos Hermann (SPD) erklärte:

„Es ist eine dreiste Behauptung und Lüge, wenn gesagt wird, dass nur darauf gewartet wird, dass Köln den Startschuss zu diesem Städtebündnis gibt. Es wird kein Städtebündnis geben. Weder die Stadt Wien noch die Stadt Antwerpen werden solche Beschlüsse fassen. Es gibt dort keine Mehrheiten dafür."

Der Fraktionsvorsitzender der LINKEN Jörg Detjen, erklärte:

„Die Stadt Köln hat zahlreiche Städtepartnerschaften unter anderem mit Lüttich und Rotterdam. Um die Neonazis in Antwerpen können sich die dortige Polizei, die Gerichte und Staatsanwaltschaften kümmern. Der Antwerpener Stadtrat des rechtsextremen Vlaams Belang, Bart Debie, den sich „pro Köln" gern als Redner einlädt, ist wegen ausländerfeindlicher Übergriffe einschlägig verurteilt und vom Polizeidienst suspendiert.

Seit Dezember 2005 gehört Köln dem Städtebündnis gegen Rassismus an.

Das hat der Antragsteller ausgeblendet. Der vorliegende Antrag verstößt diametral gegen die Beschlusslage des Rates der Stadt Köln."

Der Sozialpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Ossi Helling setzte sich in seinem Beitrag mit den rassistischen Positionen von „pro Köln" zum Islam auseinander und schlussfolgerte:

„Tatsache ist: Der heutige Islam in Gänze ist ebenso wenig zivilisationsfeindlich wie das heutige Christentum, das heutige Judentum oder der heutige Buddhismus. Tatsache ist auch, das Millionen von Zuwanderern in Europa aktive Stützer und Verfechter der jeweiligen Verfassungen der Einwandererländer sind …

Zum Glück orientiert sich die riesige Mehrheit unserer Gesellschaft an den Grundrechten unserer Verfassung: Artikel 1: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar, an dem Gleichheitsanspruch von Artikel 3 und an der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit des Artikel 4."

Ratsfrau Susana dos Santos Hermann machte auf die Studie des Innenministerium „Muslime in Deutschland" aufmerksam:

„Sie zeigt eindeutig, dass es unter jungen *Muslimen keineswegs mehr gewaltbereite radikalisierte Menschen als im Durchschnitt der Bevölkerung gibt. 7 bis 8 Prozent der Muslime gelten als radikal. Die gleiche Studie zeigt aber auch, dass rund 10 Prozent der deutschen Bevölkerung ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild haben."*

Zum Ende der Debatte erklärte Jörg Detjen: *„pro braun will am besagten 20.*



September am Rheinufer in Köln-Deutz einen sogenannten „Anti-Islamisierungs-Kongress" durchführen. Das sei der ‚Vorwahlkampf für die Kommunalwahlen 2009' in NRW, behaupten sie selbst. Gemeinsam sollten wir diesem rechtsextremen Aufruf entgegentreten. Frei nach dem Wagen aus dem Kölner Rosenmontagszug ‚Lachen wir die Nazis aus der Stadt' – pro braun entblößt sich selber! pro braun ist am und im Arsch!

In München ist der Kölner Ableger kläglich gescheitert und kam nicht in den Münchener Stadtrat."

Jörg Detjen spielte in seiner Schlussbemerkung auf eine gelungene Kritik des Kölner Festkomitees am Treiben von „Pro Köln" mit einem Wagen im diesjährigen Rosenmontagszug an (s. Bild).

Der Antrag wurde im Rat mit den Stimmen von CDU, SPD, Grüne, DIE LINKE. Köln und zwei Einzelmandatsträgern abgelehnt.

Inzwischen bilden sich in Köln Bündnisstrukturen, um die Hetzveranstaltung im September zu verhindern. *u.b.* ■

NPD-Landesgeschäftsstelle eröffnet

Saarbrücken. Am Sonntag 23. Februar 2008 eröffnete die NPD Saar mitten in Saarbrücken eine sehr auffällige Landesgeschäftsstelle. Angereist waren neben der NPD-Bundesprominenz wie Voigt und Marx und den Vertretern der NPD Saar auch Vertreter aus anderen Landesorganisationen und eine Reihe Pressevertreter. In ihren Schmähreden gegen Oskar Lafontaine, Kurt Beck und Andrea Ypsilanti machten die NPD-Funktionäre vor allem ihren Willen deutlich, zur Landtagswahl 2009 im Saarland verstärkt anzutreten. Spitzenmann für den Einzug in den Landtag in Saarbrücken soll der NPD-Landesvorsitzende Frank Franz sein.

Auf dem Landesparteitag der NPD in Steinburg bei Itzehoe wurde Ende Februar der Landesvorsitzende Uwe Schäfer in seinem Amt bestätigt. Schäfer hatte sich früher mit seiner Äußerung hervorgetan, dass es „mit unserem Einzug in den Reichstag" wieder einen „Volksgerichtshof" geben würde. Als Stellvertreter stehen Schäfer weiter Jörn Lemke, Jens Lütke und Ingo Stawitz zur Seite. Gastredner war NPD-Vorsitzender Udo Voigt. Die NPD wird zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 25. Mai d. J. antreten.

Newsletter 3/2008 DIE LINKE/BAG Antifaschismus ■

Angelo Lucifero nicht gekündigt

Die ver.di Landesleitung Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen hat ihr Ziel nicht erreicht, Angelo Lucifero zu kündigen. Es waren offenbar die unzähligen Protestbriefe und -resolutionen, die den ver.di-Bundesvorstand zur Intervention veranlassten.

Die nun geschlossene Vereinbarung sieht vor, dass: Angelo ab 1. Februar 2010 wieder als politischer Sekretär bei ver.di (aber nicht im Landesbezirk Sachsen/ Sachsen-Anhalt/Thüringen) arbeiten soll. In der Zwischenzeit wird er, mit einem Jahr Freistellung, bei einer Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Initiativen tätig sein. Für die Weiterbeschäftigung ab 1. Februar 2010 gibt ver.di keine Garantie, allerdings ist bei Uneinigkeit eine Schiedsstelle vorgesehen. Angelo hatte die Alternative, dieses Angebot anzunehmen oder gegen die Kündigung zu klagen. Der Weg vor das Arbeitsgericht hätte so befürchtete er begründet auf keinen Fall zurück zu ver.di geführt. Angelo will weiter bei ver.di arbeiten und hat deshalb die Vereinbarung unterzeichnet.

Die GewerkschafterInnen gegen Rechts gewähren ver.di den Vertrauensvorschuss, ernsthaft zu beabsichtigen, Angelo ab 1. Februar 2010 als politischen Sekretär weiter zu beschäftigen. Sollte sich die Vereinbarung als elegantere Kündigung herausstellen, werden unsere gemeinsamen Proteste in zwei Jahren dort weitergehen, wo sie jetzt ausgesetzt werden.

In der Zwischenzeit gibt es in ver.di einiges aufzuarbeiten: Unzählige Briefe, Resolutionen und Debatten konnten nichts daran ändern, dass die ver.di Landesleitung einem antifaschistisch engagierten Kollegen jegliche Solidarität und Unterstützung verweigerte, als es ernst wurde. Seine Verteidigung gegen einen Nazi-Angriff mit den Mitteln von Rechtsextremisten zu vergleichen, war politisch eine gezielte Entsolidarisierung, im Hinblick auf gewerkschaftliche Kollegialität ein Tritt in den Rücken. ...

Im Herbst 2007 forderte der ver.di-Bundeskongress per Beschluss alle Mitglieder und die Öffentlichkeit auf, immer, in allen Formen und mit allen Mitteln gegen Rechtsextremismus in all seinen Spielarten vorzugehen. Die an sich selbst gerichteten Aufträge wurden hingegen vorsorglich als Material an den Bundesvorstand degradiert, so auch ein Antrag der Bundesjugendkonferenz, die Abmahnung von Angelo zurückzunehmen und ihm in Hinblick auf das Strafverfahren jegliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Mit der geplanten Weiterbeschäftigung von Angelo ruht das arbeitsrechtliche Verfahren. Im Strafverfahren muss auf die Ergebnisse des Gutachtens zur Hör- und Verständigungsfähigkeit gewartet werden. Zur finanziellen Dimension: Zunächst einen herzlichen Dank an alle SpenderInnen! Mit Eurer Unterstützung sind die entstandenen Kosten bis jetzt ungefähr zu decken. Welche weiteren Kosten auf Angelo zukommen, hängt insbesondere vom Fortgang des Gerichtsverfahrens ab. Sollte die Hauptverhandlung mit mehreren Verhandlungstagen stattfinden, werden wir erneut zu Spenden aufrufen müssen.

GewerkschafterInnen gegen Rechts - http://ggr.blogsport.de/ ■

Wahldebakel der Sozialdemokratie – Starke Gewinne der Extremen Rechten

Österreich. Die Sozialdemokratie hat in Niederösterreich ein wahres Debakel erlebt: Minus 7,9 % und wurde damit zur Mittelpartei degradiert. In der traditionellen ArbeiterInnenmetropole Wiener Neustadt verlor sie fast 17 % der Stimmen und wurde von den Schwarzen überholt! Die ÖVP konnte ihre absolute Mehrheit weiter ausbauen, die FPÖ vieles von ihrem – nach „Knittelfeld“ – verlorenen Terrain zurückgewinnen. In Bad Vöslau gelang es ihr – mit „Anti-Moschee-Parolen“ – ihren Stimmeanteil gar zu vervierfachen (16,2 %).

Die kuscheligen, sprich Pröll hinterherlaufenden Grünen, stagnierten und rangieren nun deutlich hinter den Blau/Braunen.

Obwohl es sich um Landtagswahlen handelte, war diesmal die „bundespolitische Bedeutung“ besonders offensichtlich. Wie schon vorher in Graz zeigen auch die Werte in Niederösterreich der Gusenbauer-SPÖ steil nach unten. Das Bilden der „schwarzen“ Regierung mit einem „roten“ Kanzler“ und das Brechen aller zentralen Wahlversprechen führt die Sozialdemokratie in die Katastrophe.

Aber es besteht nicht der geringste Anlass für dümmliche Schadenfreude: der Großteil der Unzufriedenheit der (SP-)WählerInnenschaft führt bislang entweder zu Wahlabstinenz oder zum Abdriften nach rechts: In Niederösterreich sind 30000 frühere sozialdemokratische WählerInnen den rechtsextremen Rattenfängern von Rosenkranz, Strache & Co auf den Leim gegangen!

Daher sind die folgenden Zeilen mit größter politischer Verantwortung geschrieben: nur ein kantiges, pluralistischs Linksprojekt bietet die Chance (ohne jegliche „Garantie“) dem Trend nach rechts und rechtsextrem entgegenzuarbeiten.

Nach zahlreichen Gesprächen mit vielen AktivistInnen in Bewegungen, linken Organisationen bzw. Parteien und mit kämpferischen – also nicht „sozialpartnerschaftlich“ stillgestellten GewerkschfterInnen – bin ich der Überzeugung, dass die Bedingungen, solch ein „Projekt“ (also bei weitem noch keine Partei!) zu starten, herangereift sind. Objektiv durch die Notwendigkeit, der neoliberalen Offensive Einhalt zu gebieten; dem Versagen der SP- und ÖGB-Führung;. etc. – aber auch subjektiv: im Unterschied etwa zur Kandidatur der „Linken- Opposition für eine solidarisches Europa“ zu den Europawahlen 2005 kommt die Forderung, den politische Raum links von SPÖ und Grünen zu besetzen, auch von neuen Akteuren (etwa im Rahmen der Kampagne für eine VOLXABSTIMMUNG über den EU-Reformvertag; die „Steuerinitiative im ÖGB“; Teilen der SJ). Und auch über den künftigen „Fahrplan“ gibt es weitgehenden Konsens:

- Einberufung eines ersten gesamtösterreichischen „Linken Ratschlags“ in nächster Zeit mit dem Abstecken eines „gemeinsamen (inhaltlichen) Rahmens“ (Gegen Neoliberalismus und Krieg; Für die Aufrechterhaltung öffentlicher Dienste; Für eine Umverteilung von oben nach unten; Für einen ÖGB, der kämpft; Für eine soldarische Gesellschaft - ohne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit)
- Einsetzen einer Arbeitsgruppe, die – über den Sommer – Vorarbeit leistet und den allgemeinen Rahmen auf die konkrete Ebene runterbricht
- im frühen Herbst eine „große“ gesamtösterreichische Konferenz, die die Entwicklung bis dahin beurteilt; die inhaltlichen Positionen präzisiert; die weitere Vorgangsweise absteckt: u.a. Prüfen der Möglichkeit für eine Kandidatur zu Nationalrats- und Europawahlen).

EIN LINKSPROJEKT IN ÖSTERREICH IST MÖGLICH: GEHEN WIR ES GEMEINSAM AN: JETZT UND SOLIDARISCH!

Hermann Dworczak (Mitglied der ÜBERFRAKTIONELLEN INITIATIVE für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB; Aktivist im Austrian Social Forum/ASF ■

Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten

Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie

Auf der diesjährigen Tagung der Antifaschistischen Nachrichten am 23.2. stellte Dr. Sven Schönfelder die Ergebnisse der gleichnamigen Studie vor, die er gemeinsam mit Prof. Benno Hafeneger (beide Universität Marburg) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im letzten Jahr erstellt hat. Wir dokumentieren seine Präsentation auf der Tagung, die durch freien Vortrag ergänzt wurde. Insofern ist die Darstellung der Ergebnisse hier sehr gerafft, die komplette Studie kann von der Website der Stiftung heruntergeladen werden: www.fes.de/rechtsextremismus

Gliederung der Präsentation

1. Erkenntnisinteresse und Anlage der Untersuchung
2. Das Untersuchungsfeld – Kommunale Strukturdaten und politische Situation
3. Empirische Ergebnisse der Untersuchung
4. Kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten. Ein Leitfaden zur Problemanalyse und Strategieentwicklung
5. Lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum. Ein Ausblick auf kommunale Handlungsoptionen

1. Erkenntnisinteresse und Anlage der Untersuchung

Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung galt den Umgangs- und Gegenstrategien der demokratischen Parteien in der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene (in Städten und Gemeinden).

In den Monaten Mai und Juni 2007 wurden 16 problemzentrierte, halbstrukturierte Interviews mit insgesamt 19 Interviewpartnern durchgeführt (30 – 70 Min.).

Befragt wurden die kommunalen Fraktionsvorstände von SPD und CDU in Regionen, wo die extreme Rechte parlamentarisch vertreten und sichtbar politisch aktiv ist und zwar:

1) Ehringshausen und Wölfersheim in Mittelhessen,

2) Ludwigshafen und Pirmasens in der Pfalz,

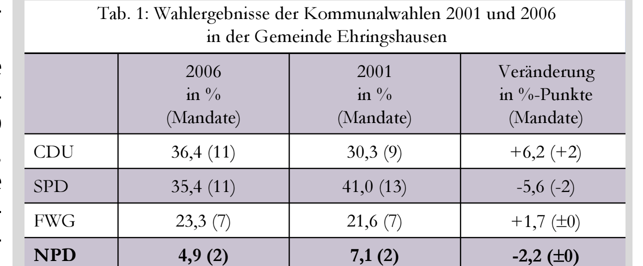
3) Königstein und Sebnitz in der Sächsischen Schweiz,

4) Stralsund und Anklam in Vorpommern.

2. Das Untersuchungsfeld – Kommunale Strukturdaten und pol. Situation

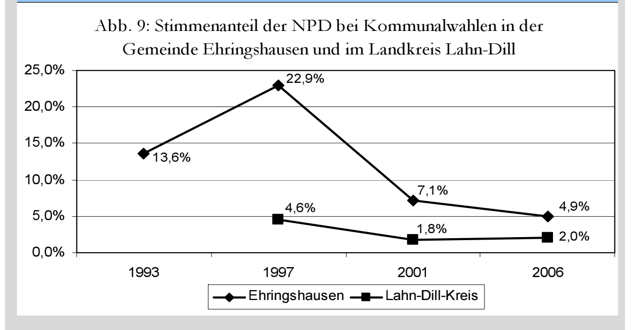
Neben den Wahlergebnissen wurden auch bestimmte sozialstrukturelle Merkmale der Kommunen betrachtet, die sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Diskussion immer wieder mit dem Wahlerfolg rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien in Zusammenhang gebracht werden:

- Bevölkerungsentwicklung
- Ausländeranteil
- Arbeitslosenquote
- Wahlbeteiligung
- Wahlergebnisse



Tab. 1: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Ehringshausen

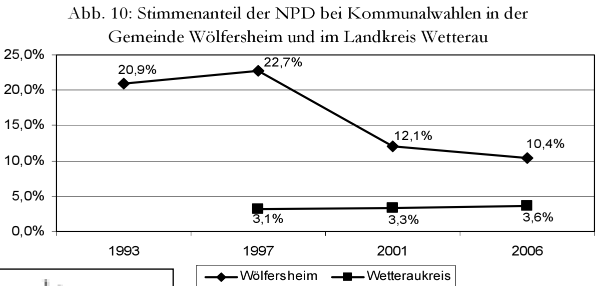
	2006 in % (Mandate)	2001 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	36,4 (11)	30,3 (9)	+6,2 (+2)
SPD	35,4 (11)	41,0 (13)	-5,6 (-2)
FWG	23,3 (7)	21,6 (7)	+1,7 (±0)
NPD	**4,9 (2)**	**7,1 (2)**	**-2,2 (±0)**



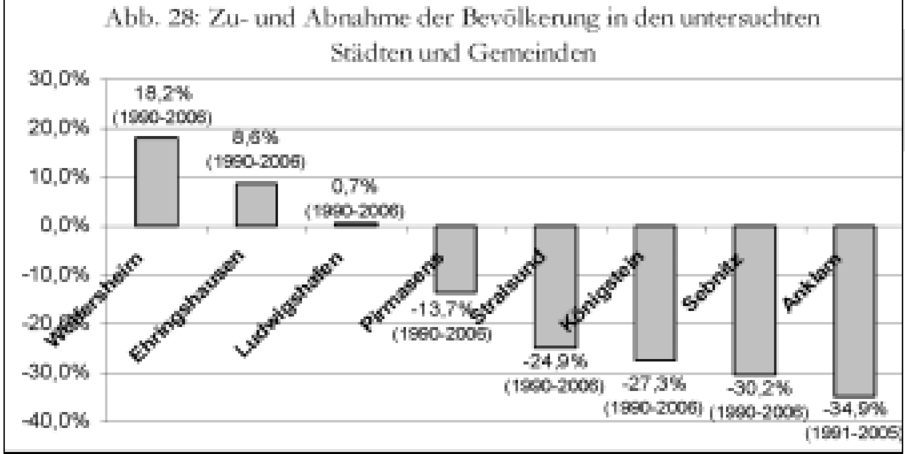
Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Ehringshausen

Tab. 2: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Wölfersheim

	2006 in % (Mandate)	2001 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
SPD	53,3 (17)	52,5 (16)	+0,8 (+1)
CDU	20,4 (6)	22,7 (7)	-2,3 (-1)
NPD	**10,4 (3)**	**12,6 (4)**	**-1,7 (-1)**
Grüne	8,2 (3)	5,8 (2)	+2,4 (+1)
FWG	7,8 (2)	6,9 (2)	-0,9 (±0)



Wahlergebnsse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Wölfersheim



3. Empirische Ergebnisse der Untersuchung

Die Themenbereiche der Interviews umfassten insgesamt 21 Detailfragen zu sieben Themenbereichen: →

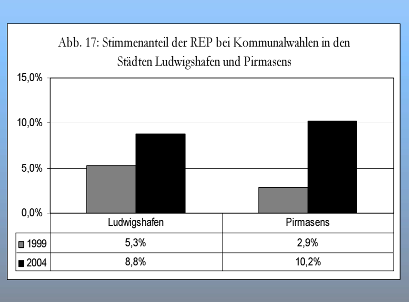
Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten



...en und pol. Situation

Tab. 3: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Ludwigshafen

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	42,9 (26)	42,9 (26)	±0,0 (±0)
SPD	32,6 (20)	41,2 (25)	-8,6 (-5)
REP	**8,8 (5)**	**5,3 (3)**	**+3,5 (+2)**
Grüne	6,0 (4)	4,3 (3)	+1,7 (+1)
FDP	4,1 (2)	2,4 (0)	+1,7 (+2)
FWG	5,5 (2)	--	+5,5 (+2)



Tab. 4: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Pirmasens

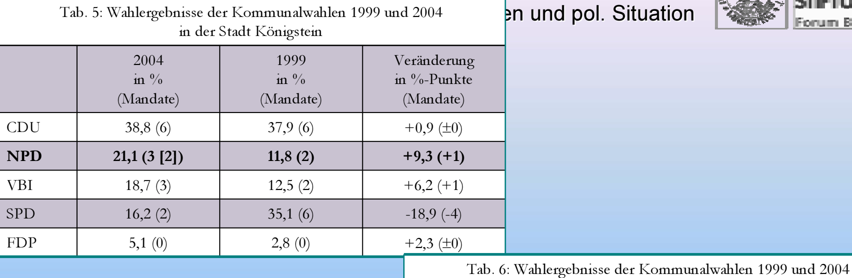
	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	46,0 (21)	47,8 (22)	+1,8 (-1)
SPD	23,8 (11)	35,2 (16)	-11,4 (-5)
FWG	10,8 (5)	7,1 (3)	+3,7 (+2)
REP	**10,2 (5)**	**2,9 (0)**	**+7,3 (+5)**
Grüne	4,3 (2)	4,0 (2)	+0,3 (±0)
PDS	2,6 (0)	--	+2,6 (±0)
FDP	2,5 (0)	3,1 (1)	-0,6 (-1)

Wahlergebnisse in Ludwigshafen und Pirmasens

Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten

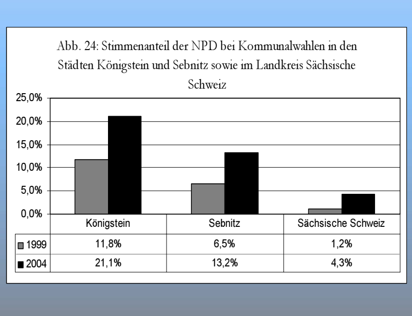


...en und pol. Situation



Tab. 5: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Königstein

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	38,8 (6)	37,9 (6)	+0,9 (±0)
NPD	**21,1 (3 [2])**	**11,8 (2)**	**+9,3 (+1)**
VBI	18,7 (3)	12,5 (2)	+6,2 (+1)
SPD	16,2 (2)	35,1 (6)	-18,9 (-4)
FDP	5,1 (0)	2,8 (0)	+2,3 (±0)



Tab. 6: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Sebnitz

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	49,5 (10)	50,6 (13)	-1,1 (-2)
PDS	14,8 (2)	12,2 (3)	+2,6 (-1)
NPD	**13,2 (2)**	**6,5 (1)**	**+6,7 (+1)**
Mitsprache Sebnitz	11,6 (2)	6,5 (1)	+5,1 (+1)
SPD	5,4 (1)	11,2 (2)	-5,8 (-1)
FDP	5,4 (1)	7,8 (1)	-2,4 (±0)
DSU	--	5,3 (1)	-5,3 (-1)

Wahlergebnisse in Königstein und Sebnitz, Sächsische Schweiz

1. Wahlerfolg und Auftreten der extremen Rechten in der Stadt/ Gemeinde
2. Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament
3. Umgang der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten im Parlament
4. Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln"
5. Wahrnehmung der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bevölkerung nach Einschätzung der demokratischen Parteien
6. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde
7. Maßnahmen gegen die extreme Rechte aus Sicht der demokratischen Parteien

Die Auswertung erfolgte mittels eines Computerprogramms, bei dem das sogenannte thematische Codieren zur Anwendung kommt, mit dem sich Datenmaterial problem- und themenzentriert codieren und analysieren lässt.

Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse:

1) Wahlentscheidung zugunsten der extremen Rechten

● Protestwahl als vorrangige Erklärung der Interviewpartner:
– allerdings weniger rationale bzw. wahltaktische Überlegungen,
– sondern vielmehr (tendenziell) rechtsextreme Überzeugungen.

● Mischung aus politischer Unzufriedenheit und wirtschaftlichen wie sozialen Problemlagen in Verbindung mit fremdenfeindlichen und mitunter auch ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen.

● Typus des sog. Modernisierungsverlierers als Wähler rechtsextremer Parteien.

2) Aktivitäten der rechtsextremen Parteien sowie Präsenz einer rechtsextremen Szene in den Kommunen

● Aktivitäten und Präsenz sind nach Angaben der Interviewpartner kaum oder gar nicht festzustellen.

● Die lokalen Akteure der extremen Rechten treten häufig als deutsch-nationale Biedermänner auf.

● Nicht selten handelt es sich um Einzelakteure, die in der Stadt/ Gemeinde bekannt sind und ihrer Partei vor Ort ein Gesicht geben

3) Auftreten der rechtsextremen Mandatsträger in den Parlamenten

● Ihr parlamentarisches Auftreten bewegt sich zwischen verbal aggressiv und konfrontativ einerseits und eher ruhig, sachlich, mitunter kleinbürgerlich und bieder andererseits.

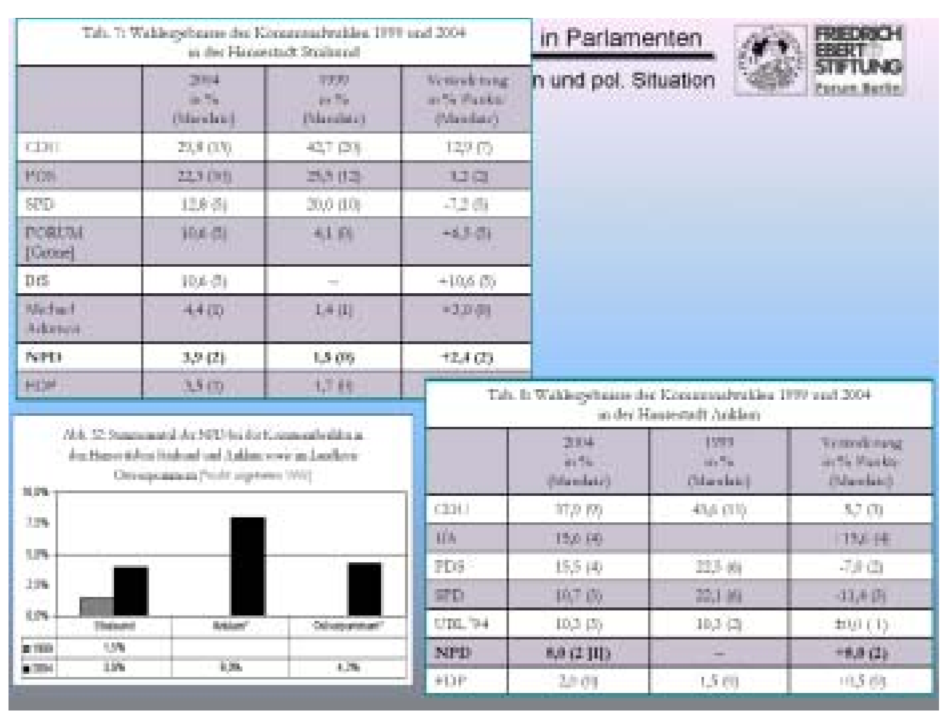
● Ihre Themen sind v.a. protestorientiert und populistisch geprägt:
– weniger dezidiert fremdenfeindlich oder klassisch rechtsextrem
– als vielmehr lokale, alltagsbezogene Sachfragen (insbesondere Fragen der kommunalen Sozial-, Verkehrs- und Finanzpolitik).

● Eine kommunalpolitische Kompetenz ist (i.d.R.) nicht festzustellen:
– pol. Selbstdarstellung als Interessenvertreter der „kleinen Leute",
– öffentl. Selbstinszenierung als vermeintliche pol. Alternative.

4) Umgang mit den rechtsextremen Fraktionen und Mandatsträgern

● Rechtsextreme Abgeordnete werden weitgehend ignoriert und im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten ausgegrenzt:

– Anträge werden prinzipiell und ohne vorherige Diskussion abgelehnt oder in



Tab. 7: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Hansestadt Stralsund

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	29,8 (13)	42,7 (20)	12,9 (7)
PDS	22,3 (10)	25,5 (12)	3,2 (2)
SPD	12,8 (5)	20,0 (10)	-7,2 (5)
FORUM [Grüne]	10,6 (5)	4,1 (0)	+6,5 (5)
DIS	10,6 (5)	–	+10,6 (5)
Michael Adomeit	4,4 (2)	1,4 (1)	+3,0 (1)
NPD	3,9 (2)	1,5 (0)	+2,4 (2)
FDP	3,5 (1)	1,7 (1)	[illegible]

Tab. 8: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Hansestadt Anklam

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	37,0 (9)	43,6 (11)	5,7 (3)
IfA	15,6 (4)		15,6 (4)
PDS	15,5 (4)	22,5 (6)	-7,0 (2)
SPD	10,7 (3)	22,1 (6)	-11,4 (3)
UBL '94	10,3 (3)	10,3 (3)	±0,0 (1)
NPD	8,8 (2 [1])	–	+8,8 (2)
FDP	2,0 (0)	1,5 (0)	+0,5 (0)

Wahlergebnisse in Stralsund und Anklam

tuationsbezogen erfolgen, d.h. unter Berücksichtigung der jeweiligen rechtsextremen Akteure, Aktivitäten und Organisationen.

● Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die betroffenen Kommunen auch bereit sind, sich der Auseinandersetzung mit „ihrem“ lokalen Rechtsextremismus zu stellen.

● **Es besteht ein Beratungsbedarf zum Thema Rechtsextremismus!**

Beratung meint jedoch weder pauschale Lösungsangebote noch eindimensionale Handlungsempfehlungen, sondern bezeichnet ein gemeinsames Arbeiten von Kommune, Zivilgesellschaft und Experten.

die jeweiligen Ausschüsse verwiesen, wo dann die Ablehnung erfolgt;

– durch Verfahrensänderungen bei der Ausschussbesetzung wird versucht, rechtsextreme Abgeordnete außen vor zu lassen;

– die Auseinandersetzung wird kurz und knapp gehalten, um den Rechtsextremen keine Bühne zu bieten, und auch nur dann geführt, wenn es nötig ist bzw. wenn es sich nicht anders vermeiden lässt.

5) Überparteiliche Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen, öffentliches Interesse und zivilgesellschaftliches Engagement

● Die überparteiliche Zusammenarbeit gegen die extreme Rechte wird in den meisten Kommunen als gut bewertet (gegenläufige Meinungen finden sich in Königstein und Anklam).

● Das Interesse der kommunalen Öffentlichkeit (in der Bevölkerung, aber auch bei den lokalen und regionalen Medien) ist nur in geringem Maße oder gar nicht vorhanden.

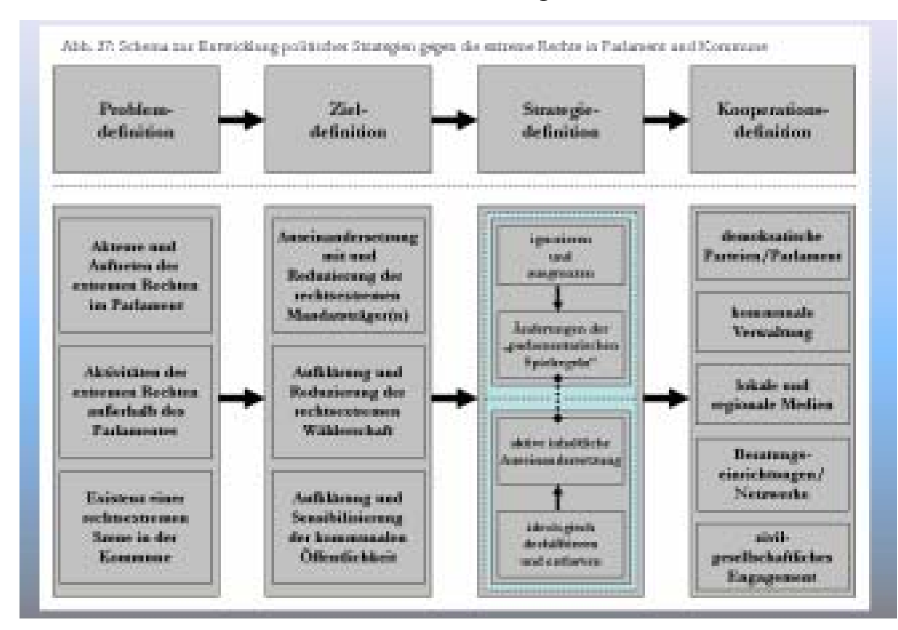
● Zivilgesellschaftliches Engagement, ob nun organisiert (z.B. in Form eines Bürgerbündnisses) oder eher privat bzw. individuell, ist v.a. in den untersuchten westdeutschen Kommunen ausgeprägt und dort auch in der kommunalen Gemeinschaft (tief) verwurzelt.

6) Schlussfolgerungen für die Strategieentwicklung

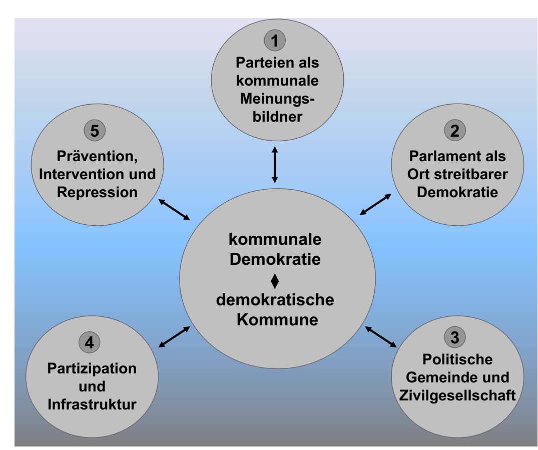
● Die Entwicklung von angemessenen Umgangs-und Gegenstrategien muss si-

4. Kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten

Die Entwicklung von politischen Strategien gegen die extreme Rechte in Parlament und Kommune lässt sich in einem Schema wie folgt darstellen:



5. Lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum



Die Skizze hebt fünf Aspekte hervor, die sich auf kommunale parlamentarische und außerparlamentarische Umgangsformen und Strategien beziehen. Ihre jeweilige praktische Ausformung hängt von den örtlichen Bedingungen ab.

Für eine erfolgreiche und lebendige Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus ist es wichtig (und Voraussetzung) möglichst alle relevanten instutionellen Akteure und möglichst viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in ein dauerhaftes Kooperationsnetz, eine dialogische Kultur der Zusammenarbeit und ein optimistisches Klima einzubeziehen – hin zu einer gemeinwesenorientierten Gesamtkultur. ■

Rathauswahlen in Frankreich:

Erosion des rechtsextremen Einflusses. Aber einige Hochburgen bleiben übrig

Am vergangenen und am kommenden Sonntag (9. und 16. März) fanden bzw. finden in ganz Frankreich die Kommunal- und Lokalwahlen statt. Neben den Rathäusern werden dabei die Bezirksparlamente – Conseils généraux – auf der Ebene der insgesamt 100 Départements neu besetzt. Letztere Wahlen heißen auch „Kantonalwahlen", da zu diesem Zweck die Départements in spezielle Wahlkreise eingeteilt werden, die als Kantone bezeichnet werden. Nicht in allen Kantonen wird dabei gleichzeitig abgestimmt. (Die in den letzten Tagen in deutschen Zeitungen immer wieder auftauchende Ankündigung von „Regionalwahlen" in Frankreich führt völlig in die Irre. Die 22 Regionalparlamente wurden zuletzt im März 2004, und werden zum nächsten Mal im Jahr 2010 neu gewählt.)

Es handelt sich bei den jetzigen Kommunal- und Kantonalwahlen um den ersten landesweiten Urnengang, seitdem Nicolas Sarkozy und sein politisches Lager im April, Mai und Juni 2007 die nationalen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gewonnen haben. Darum konnten sie auch als erster Stimmungstest gegenüber der konservativen Regierungspolitik gewertet werden. Die Wahlbeteiligung lag mit etwa 70 Prozent – das amtliche Endergebnis lag bei Redaktionsschluss am Montag Mittag noch nicht vor – rund ein Prozent über jener bei der letzten frankreichweiten Rathauswahl im März 2001. Das Desinteresse der WählerInnen fiel also nicht so stark aus, wie von vielen Politiker/inne/n befürchtet worden war. Bei vielen Stimmbürger/inne/n mag dabei auch das Motiv, das Regierungslager abstrafen zu wollen, gewirkt bzw. neben anderen Faktoren eine wichtige Rolle gespielt haben.

■ Gesamtbilanz (ein kurzer Überblick)

Erwartungsgemäß hat sich dabei ein Einbruch für das Regierungslager, dessen Politik in den letzten Monaten zunehmend Enttäuschungen – aus guten wie aus schlechten Gründen, vgl. die vorige Ausgabe der AN – hervorrief, abgezeichnet. Gleichzeitig findet ein, ebenso erwartet, Wiederaufstieg der Sozialdemokratie (die vielerorts gegenüber den Regierungskandidaten auch den sprichwörtlichen Besenstiel hätte zur Wahl stellen können) statt. Die etablierten Linksparteien unter Führung der französischen Sozialdemokratie erhielten landesweit im Durchschnitt 48 % der Stimmen, gegenüber 40 % für den konservativ-liberalen Block, der die Regierung unterstützt. Auf örtlicher Ebene schlug sich dabei auch die französische KP, die viele historische Bastionen in den noch von ihr gehaltenen Rathäusern schon im ersten Wahlgang erfolgreich verteidigen konnte, ziemlich gut. Auch die antikapitalistische Linke schnitt dort, wo sie antrat, oftmals mit ziemlich stattlichen Ergebnissen ab. (In Sotteville-lès-Rouen, einer von kämpferischen Eisenbahnertraditionen und anderen sozialen Bewegungen geprägten Stadt bei Rouen in der Normandie, erhielten zwei linksradikale Listen zusammen gut 19 Prozent der Stimmen.)

■ Die extreme Rechte

Aber was uns in dieser Zeitschrift – aufgrund ihrer thematischen Spezialisierung nahe liegend – besonders interessieren wird, ist natürlich das Abschneiden der rechtsextremen Listen. Dazu gibt es ebenfalls Einiges zu sagen. Denn auch für die extreme Rechte, die bei den Präsidentschafts- und insbesondere bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 ihren ersten ernsthaften Rückschlag und sogar Einbruch seit 25 Jahren zu verzeichnen hatte, war es der erste Wahl„test" seit damals. Aus finanziellen Gründen, da nämlich der Front National aufgrund seiner relativ niedrigen Wahlergebnisse vom Vorjahr und der damit gesunkenen Wahlkampf-Rückerstattung (sowie des Rückgang der öffentlichen Parteifinanzierung für ihn) auf einem Schuldenberg von 8 bis 9 Mil. Euro sitzt, konnte die Partei von vornherein nicht flächendeckend antreten.

Einen Gradmesser für den ihm verbliebenen Einfluss „auf nationaler Ebene" bilden dabei die Kantonalwahlen, da deren Resultate (im Gegensatz zu denen der Rathauswahlen, bei denen oftmals auch eine örtliche Dynamik bzw. ein „Mikroklima" sowie die individuelle Persönlichkeit der lokalen Rathauskandidaten berücksichtigt werden muss) relativ leicht zu Gesamtergebnissen der jeweiligen Parteien hochgerechnet werden können. Zudem sind die Kantonalwahlen zu den insgesamt 100 Bezirksparlamenten klassische Listenwahlen, die unter den verschiedenen politischen Kräften ausgetragen werden. Hingegen sind die Rathauswahlen vor allem in den kleineren Gemeinden – Frankreich besitzt insgesamt 36.683 Kommunen, von denen rund 30.000 klein bis sehr klein sind, und auch Gemeinden mit nur 100 Einwohner/inne/n haben oft ein eigenes Rathaus – von parteifreien oder überparteilichen, sich „unpolitisch" gebenden Personenzusammenschlüssen geprägt. Deswegen ist es schwierig, die Ergebnisse der Rathauswahlen zu einem nationalen, in Prozenten für die jeweiligen Formationen ausdrückbaren Gesamttrend hochzurechnen, weil insgesamt zu viele parteilose KandidatInnen mit im Rennen sind. Ausgenommen davon sind natürlich die mittleren und vor allem die Großstädte Frankreichs.

Was das Abschneiden der extremen Rechten bei den Kantonalwahlen betrifft, so wurde in der Wahlnacht zunächst vermeldet, die Kandidaten des FN vereinigten frankreichweit 4 Prozent auf sich , gegenüber 7 Prozent bei den letzten vergleichbaren Wahlen im März 2001. Doch am späten Vormittag des Montag wurden diese Zahlen auf ein Endergebnis von 5,01 Prozent im nationalen Durchschnitt hoch korrigiert.

Bei diesem Durchschnittsresultat muss noch berücksichtigt werden, dass der Front National in diesem Jahr insgesamt rund 1.100 Kandidatinnen und Kandidaten zu den Bezirksparlamenten aufgestellt hatte, gegenüber rund 1.700 im Jahr 2001. Allerdings hat die rechtextreme Partei dabei bevorzugt jene Kantone und Bezirke mit ihren Bewerber/inne/n „bestückt", die bevölkerungsreich sind und/oder ihr früher relativ hohe Ergebnisse lieferten. Im Vorfeld des Urnengangs hatte der Wahlkampfleiter des FN für die Kommunalwahlen, Martial Bild, Ende Februar gegenüber der Presse angegeben, seine Partei werde es „80 Prozent" der früheren FN-Wähler „ermöglichen", erneut ihre Stimme erneut für Bezirksparlaments-Kandidaten derselben Partei abzugeben. Insofern widerspiegelt das Abschneiden des FN bei den diesjährigen Kommunalwahlen allenfalls ein leichtes Abbröckeln seiner Wählerschaft – die sich freilich bei den vorangegangenen Kantonalwahlen (im März 2001) bereits auf einem relativ niedrigen Sockel befunden hatte, da ihr die Spaltung der Partei in Le Pen- und Mégret-Anhänger (1999) und der Abgang zahlreicher Kader und Aktivisten zeitlich kurz vorausging.

■ Ein paar Hochburgen

Nach wie vor verfügt der FN über ein paar – in diesem Jahr freilich eher vereinzelte – Hochburgen, in denen er weit über seinem nationalen Durchschnitt abschneidet. Dies machte sich bei den Kommunalwahlen bemerkbar, freilich in weit geringerem Ausmaß als bei früheren Rathauswahlen im Jahr 2001 oder (stärker noch) 1995. Damals, im Juni 1995, hatte der Front National nicht nur seinen mit Abstand stärksten Einfluss auf kommunaler Ebene nehmen, sondern auch drei Rathäuser „erobern" können: Toulon, Orange und Marignane. Diese Städte blieben in der Folgezeit für einige Jahre rechtsextrem regiert. Eine solche Möglichkeit scheint für den FN unterdessen heute in ziemlich weiter Ferne zu liegen.

Im Vorfeld der aktuellen Rathauswahlen hatte Parteichef Jean-Marie Le Pen drei Städte bezeichnet, die für den FN gewinnbar seien: Hénin-Beaumont im nordfranzösischen früheren Bergbaurevier Pas-de-Calais, Noyon in der Picardie (im Bezirk Oise, der einen starken Anteil an rassistischen Wählern und dort angesiedelten, früheren Algerienfranzosen – Pied Noirs – aufweist) sowie Cluses in Hoch-Savoyen in den ostfranzösischen Alpen.

Aber in keiner der drei Städte zeichnet sich ab, dass der FN für die Stichwahl vom kommenden Sonntag wirklich (auch nur halbwegs realistische) Aussichten auf einen Wahlsieg hätte. In Hénin-Beaumont – einer Stadt von rund 30.000 Einwohner/ inne/n, welche der FN seit Jahren als „Laboratorium“ für eine vorgeblich „soziale“ und bürgernahe Politik mit realer Verankerung vor Ort benutzt, nachdem er Letztere andernorts inzwischen aufgegeben hat – erzielte die Liste des FN 28,53 Prozent. Ihr gegenüber erhielt der sozialdemokratische Bürgermeister Gérard Dalongeville schon im ersten Durchgang 43,09 %. Aufgrund seiner Stimmreserven in Gestalt einer anderen Liste der etablierten Linken mit 17 Prozent der Stimmen (sowie der bürgerlichen UMP und der radikal-linken LCR, die jeweils knapp unter 5 % abschnitten) dürfte Dalongeville die Stichwahl am 16. März problemlos gewinnen.

Spitzenkandidat des FN in Hénin-Beaumont war Steeve Briois, der seit Jahren das örtliche Terrain kontinuierlich beackert, während die „Cheftochter“ Marine Le Pen als Nummer Zwei auf der Liste kandidierte. Im Falle eines Wahlsiegs in der früheren Arbeiterstadt hätte Marine Le Pen laut Ankündigungen der rechtsextremen Partei als „für die Sicherheit zuständige“ Vize-Bürgermeisterin amtieren sollen. Noch bei den Parlamentswahlen im Juni vorigen Jahres hatte Marine Le Pen, die damals im Wahlkreis von Héni-Beaumont kandidierte, dort die 30-%-Hürde schon im ersten Wahlgang überschritten, und in der Stichwahl 41,7 % der Stimmen erzielt. Ihr jetziges Ergebnis dürfte voraussichtlich in beiden Wahlgängen darunter fallen. Ihre Strategie wäre damit nicht aufgegangen. Auch ihr Vater, der in der Wahlnacht mit sicher klingender Stimme von einem „klaren Wiederaufstieg des FN“ gegenüber dem vergangenen Jahr sprach, wollte ihr Abschneiden in Hénin-Beaumont „nicht (als) einen Erfolg“ bezeichnen, nannte es aber „dennoch beachtlich“.

In Noyon, das in einer stark rassistisch geprägten Zone rund 60 Kilometer nördlich von Paris liegt, erhielt der FN knapp 17 Prozent der Stimmen (16,98 %). Dieses Ergebnis muss jedoch in Relation zu seinen früheren Ergebnissen vor Ort gestellt werden. Bei den Rathauswahlen im Juni 1995 hatte die rechtsextreme Partei in dieser Stadt gut 44 % der Stimmen erhalten, im März 2001 noch gut 30 %. In beiden Fällen lag sie damit unter allen Listen auf dem ersten Platz, konnte jedoch in der Stichwahl jeweils nicht gewinnen. Nunmehr fällt sie hingegen auf den zweiten Platz zurück, und hat keinerlei Chance, im zweiten Durchgang zu gewinnen.

In den französischen Alpen erhielt die FN-Liste in Cluses zwar 23,6 %, landete damit aber nur auf dem dritten Platz. Ihr örtlicher Spitzenkandidat, der 46-jährige Dominique Martin, der laut eigenen Angaben nicht vor „Populismus“ und „Demagogie“ zurückschreckte, hatte im Vorfeld starke Hoffnungen bei seiner Partei und offenkundig bei sich selbst erweckt. Aussichten auf einen Wahlsieg besitzt er, nach dem ersten Durchgang, keine.

An manchen anderen Orten kann die rechtsextreme Partei ihre Kandidaten noch in der Stichwahl behalten, ohne dass diese jedoch durchschlagende Ergebnisse erhalten hätten. In Mulhouse im Südelsass kann Patrick Binder, langjähriger FN-Kandidat im Elsässischen, zwar (als drittplatzierter Kandidat) in die Stichwahl einziehen, wo er dem Bürgermeister Jean-Marie Bockel vom konservativen Block und der etablierten Linken gegenüber tritt. Bei einem Anteil von 10,3 % liegt er jedoch deutlich unterhalb jenes Sockels, den der damalige örtliche Spitzenpolitiker der extremen Rechten – Gérard Freulet – noch in den neunziger Jahren konstant hielt, als er damals regelmäßig Stimmenergebnisse von 23 bis 25 % einfuhr. Allerdings war Freulet (der 1999 zunächst aus dem FN aus- und zu dessen Spaltprodukt MNR übertrat) in diesem Jahr für den Rechtkatholiken Philippe de Villiers und seine rechtskonservative „Bewegung für Frankreich“ – MPF – ins Rennen gegangen und hatte knapp 10 % erzielt. Aufgrund der für einzelne Listen geltenden Zehn-%-Hürde kann Freulet sich jedoch nicht im Rennen halten, es sei denn, er sollte sich mit Bürgermeister Jean-Marie Bockel verbünden und ihn letztendlich unterstützen, denn für Listen im Verbund eines Wahlbündnisses gilt hingegen eine Fünf-Prozent-Hürde. Bockel, der dereinst den rechten Flügelmann bei der französischen Sozialdemokratie abgab, ist erst im Vorjahr 2007 zum konservativen Lager Nicolas Sarkozys (dessen Staatssekretär für Afrikapolitik er derzeit ist) übergelaufen. Und gründete dabei seine eigene Partei, deren unbestrittener Chef er heute ist, unter dem Namen ‚Gauche moderne‘ (Moderne Linke). Ein trügerischer Titel, der aber möglicherweise geeignet ist, explizit rechte Wähler von der Stimmabgabe für diesen – durch die Regierungspartei UMP unterstützten – Kandidaten abzuhalten. Aufgrund dieser Situation hätte die Rechtsaußenpartei also im Prinzip eine günstige Ausgangssituation vorgefunden, die sie jedoch nur unzureichend nutzen konnte.

Im südwestfranzösischen Perpignan, wo viele frühere Kolonialfranzosen aus Algerien heute leben, konnte der FN zwar ebenfalls die Zehn-%-Hürde überwinden. Doch hier landet die, vom FN-Generalsekretär Louis Aliot angeführte, Rathausliste gar nur auf dem vierten Platz hinter dem konservativen Bürgermeister Jean-Paul Alduy mit 38,88 % und zwei Listen der etablierten Linken (bei 20,0 und 15,1 %). Zwar rühmte sich Marine Le Pen in einem TV-Auftritt am Sonntagabend, immerhin habe der FN in Perpignan seinen örtlichen Stimmenanteil gegenüber 2001 „verdoppeln“ können. In Wirklichkeit wuchs sein Anteil gegenüber den letzten Kommunalwahlen dort aber nur von 9,27 auf jetzt 12,29 Prozent.

■ Niedergang in früheren Hochburgen

Gleichzeitig erlitt der FN einen sichtbaren Niedergang in früheren Hochburgen, wie etwa der von einer stark rassistisch und post-kolonial geprägten Meeralpen-Metropole Nizza. Dort überschritt der FN in den frühen neunziger Jahren noch locker die 40-%-Marke. Am vergangenen Sonntag erhielt dort die Rathausliste des FN unter Spitzenkandidatin Lydia Schenardi noch 4 %, jene der konkurrierenden aktivistisch-stiefelfaschistischen ‚Identitaires‘ unter Philippe Vardon ihrerseits 3 %. In den vierzehn Tagen vor der Wahl hatten die beiden rechtsextremen Listen sich einen heftigen, teils gewalttätig ausgetragenen Konflikt geliefert. Dies ging bis hin zu einer Demonstration der ‚Identitaires‘ gegen einen Wahlkampfauftritt Le Pens in Nizza, und eine Strafexpedition von mit Baseballschlägern bewaffneten FN-Anhängern gegen die rechtsextremen Konkurrenten. Gleichzeitig erzielte der bisherige Bürgermeister von Nizza, Jacques Peyrat (von 1972 bis 1994 beim FN, ab 1996 „Neogaullist“, dann UMP und nunmehr „Dissident“ des bürgerlichen Lagers, da er dessen Entscheidung zugunsten eines anderen Kandidaten nicht akzeptieren mochte), seinerseits 23 % der Stimmen. Ihm gegenüber schnitt Christian Estrosi, Sarkozys Mann und Minister für die französischen Überseegebiete, mit 38 % als stärkster Bewerber ab. Noch ist offen, ob der FN gegen ihn in der Stichwahl Peyrat, der noch immer trotz Parteiaustritts als persönlicher Freund Le Pens gilt, unterstützen wird – wie Lydia Schenardi durchblicken ließ. Jacques Peyrat hat nun seit 13 Jahren Nizza regiert, seine Siegeschancen für den zweiten Wahlgang gelten jedoch als ausgesprochen gering.

In Marseille, wo der FN früher bei Werten um die 20 % lag, kann seine Liste (mit 9,1 % der Stimmen) sich dieses Mal nicht in der Stichwahl aufrecht erhalten. In einer früheren Hochburg, nein, „der“ ehemaligen Hochburg des FN – wo er 1983 seinen ersten Durchbruch bei Wahlen überhaupt erzielte –, in Dreux rund 80 Kilometer westlich von Paris, hatte er dieses Mal gar keine Liste aufstellen können. Eine, im Gesamtprofil wesentlich extremistischer auftretende, Kandidatenliste seines Spaltprodukts MNR gemeinsam mit den ‚Identitaires‘ erhielt am Sonntag dort 4,3 %.

Bernhard Schmid. Paris ■

Rund 19.000 Asylbewerber im Jahr 2007 – Geringster Zugang seit 1977

BERLIN. Trotz eines deutlichen Anstiegs irakischer Asylbewerber ist die Zahl der Asylerstanträge im vergangenen Jahr nochmals um knapp 9 Prozent gesunken. 2007 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 19.164 Asylerstanträge (2006: 21.029) registriert. Die Zahl der irakischen Flüchtlinge hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt, so dass der Irak 2007 mit 4327 Migranten das stärkste Herkunftsland war. Für Pro Asyl belegen die außergewöhnlich niedrigen Zahlen, dass „Deutschland seinen Verpflichtungen im internationalen Flüchtlingsschutz nach wie vor nicht nachkommt. Immer weniger Menschen gelingt die Flucht nach Deutschland." Angesichts dieser Zahlen sei die Tatsache, dass mehr Menschen einen Schutzstatus bekamen – 2007 waren es 27,5 % - „ein schwacher Trost."

Wohnsitzbeschränkungen für anerkannte Flüchtlinge beanstandet

LEIPZIG. Wohnsitzbeschränkungen für anerkannte Flüchtlinge sind rechtswidrig, wenn die Ausländerbehörden damit das Ziel verfolgen, die finanzielle Belastung durch Sozialleistungen anteilig auf die Bundesländer zu verteilen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 15.1.2008 entschieden. Die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert anerkannten Flüchtlingen grundsätzlich Freizügigkeit. Dieses Recht kann zwar eingeschränkt werden, allerdings nicht aus Gründen der Verteilung öffentlicher Fürsorgelasten. (BVerwG 1 C 17.07)

Berliner Ärztekammer fordert medizinische Versorgung für Illegale

BERLIN. Das neue Jahr begann im Berliner Abschiebungsgewahrsam mit einem Suizid. Ein 28-jähriger Insasse des Abschiebungsgewahrsams Berlin-Köpenick ist am Neujahrstag nach einem Selbstmordversuch gestorben. Der aus Tunesien stammende Mann erlag seinen Verletzungen, die er sich einige Tage vorher bei dem Versuch, sich mit Schnürsenkeln an einem Fenster aufzuhängen, zugezogen hatte. Der Tunesier war bereits Anfang Dezember inhaftiert gewesen, eine Psychologin hatte damals Auffälligkeiten in seinem Verhalten festgestellt, eine Untersuchung in einem psychiatrischen Krankenhaus ergab jedoch, dass er haftfähig sei. Dennoch wurde er entlassen, allerdings nach einem Ladendiebstahl kurze Zeit später erneut inhaftiert. In Berlin-Köpenick war es der erste Suizidversuch eines Flüchtlings, der zum Tode führte. Es war der dritte im Jahr 2007 bekannt gewordene Suizidversuch im Abschiebegewahrsam in Köpenick. Im Jahr 2005 waren es zehn, 2006 wurden zwei Selbstmordversuche erfasst.

Nach dem Selbstmord des tunesischen Häftlings im Abschiebegewahrsam Berlin-Grünau hat der Ausschuss für Menschenrechtsfragen der Ärztekammer Berlin erneut eine sichere medizinische Versorgung für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gefordert. Der Ausschuss hatte in der Vergangenheit bereits wiederholt die Beseitigung struktureller Mängel bei der medizinischen Versorgung im Abschiebegewahrsam Grünau angemahnt.

Weiter kritisierte er die Meldepflicht, der auch öffentliche Krankenhäuser unterliegen. Dadurch würden viele Menschen ohne Papiere aus Furcht vor einer Abschiebung auch bei schwerer Krankheit einen Arztbesuch vermeiden. Der Menschenrechtsausschuss forderte daher die Gewährleistung einer sicheren medizinischen Versorgung sowie eine gesicherte Kostenübernahme der Behandlung.

Quelle: www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de / flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Grüne kritisieren Integrationspolitik

BERLIN. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besteht bei der Integrationspolitik der Bundesregierung eine große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In einem Antrag (16/8183), der am Freitag im Bundestag diskutiert wird, stellen die Abgeordneten daher ein eigenes gesamtstaatliches Integrationskonzept vor. Dieses sieht unter anderem eine umfassende Sprachförderung vor, die „so früh wie möglich" beginnen solle. Auch die verpflichtenden Deutschkurse des Zuwanderungsgesetzes müssten ausgebaut werden. Statt wie die Große Koalition die Haushaltsmittel drastisch zu kürzen, so die Grünen, solle die Qualität der Kurse weiter verbessert werden. Um die Konzentration von Zuwanderern in einzelnen Stadtvierteln zu bekämpfen, sollen sich die Kommunen „interkulturell öffnen". Ebenfalls benötigt wird aus Sicht der Grünen ein Abbau der Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt, wie auch zu Ausbildungsplätzen. Auch der Hochschulzugang für junge Erwachsene mit Migrationshintergrund solle vereinfacht werden.

Von der Bundesregierung fordern die Abgeordneten unter anderem, den Gesetzentwurf zum Ausbau der Kindertagesbetreuung vorzulegen und im Rahmen des Gesetzes einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr zu verankern. Außerdem verlangen die Grünen die Rücknahme der „integrationsfeindlichen" Regelungen im Aufenthaltsgesetz, wie etwa die Voraussetzung von Deutschkenntnissen für den Ehegattennachzug. Um die Integration aller in Deutschland wohnenden ausländischen Mitbürger zu fördern, solle ihnen das Kommunalwahlrecht eingeräumt werden. Einbürgerungen zu erleichtern statt zu erschweren lautet eine weitere Forderung der Grünen. Dazu müssten so genannte Gesinnungstests durch die Länder wirksam unterbunden und die Regelungen zur erleichterten Einbürgerung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder hergestellt werden.

Quelle: stefan.kessler@jesuiten-fluechtlingsdienst.de ■

SAGA
Selbsthilfe
Arbeitsmarktzugang
und Gesundheit
von Asylsuchenden



Arbeitsrechtliche Informationen für Flüchtlinge

Zum Abschluss der Arbeit des Equal-Projekts SAGA (Selbsthilfe, Arbeitsmarktzugang und Gesundheit von Asylsuchenden) sind zwei Informationsfaltblätter erschienen. Sie stellen dar, welche Rechte „MigrantInnen ohne Papiere" gegenüber ihren Arbeitgebern z.B. im Falle eines Arbeitsunfalls haben und wie sie sie geltend machen können. Das eine Faltblatt richtet sich unmittelbar an die Migrantinnen, das andere ist für Beratende konzipiert.

Mehr Informationen unter; www.equal-saga.info ■

Abschiebung von irakischen Flüchtlingen

BERLIN. Am 6. Dezember 2007 hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Die Linke im Bundestag beantwortet (BT-Drucksache 16/7426). Die Linksfraktion hatte sich erkundigt nach der „Situation von irakischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland und der Praxis des Asyl(widerruf)verfahrens".

Aus der Antwort ergibt sich u.a., dass 2.217 irakische Staatsangehörige vollziehbar ausreisepflichtig sind, bei 8.849 weiteren Irakern ist eine Abschiebungsan-

drohung gespeichert. 9.358 Iraker waren zum Stichtag 31. Oktober 2007 geduldet. Die Antwort enthält eine Übersicht über zwischen Juli 2006 und Oktober 2007 eingeleitete und entschiedene Widerrufsverfahren. Insgesamt hält die Bundesregierung an der bisher verfolgten Politik des Umgangs mit irakischen Flüchtlingen fest und behauptet mit dem Bundesamt, man gehe im Irak von einem innerstaatlichen Konflikt aus, von dem schwerpunktmäßig lediglich bestimmte Regionen betroffen seien. Die mit diesem Konflikt verbundenen allgemeinen Gefahren aufgrund der sehr angespannten Sicherheits- und Menschenrechtslage „erreichen nach derzeitiger Einschätzung grundsätzlich und vorbehaltlich einer im Einzelfall vorzunehmenden anderen Bewertung nicht die für die Annahme einer individuellen, gleichsam unausweichlichen Betroffenheit erforderlichen Dichte."

Quelle: Pro Asyl-Newsletter Nr. 132 Februar 2008 ■

Keine Rückführungen nach Sri Lanka

SCHWEIZ. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH fordert die Schweizer Behörden angesichts der jüngsten Entwicklungen in Sri Lanka auf, von Wegweisungen dorthin abzusehen und die Einreise von srilankischen Staatsangehörigen möglichst unbürokratisch zu gestalten.

Wiederholt hatte die SFH bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass die Situation in Sri Lanka sich verschlechtert hatte und ein offener Bürgerkrieg drohte. Mit den jüngsten Entwicklungen hat sich diese Befürchtung nun bewahrheitet: Nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes haben die Kriegshandlungen weiter zugenommen. Der Friedensprozess ist gescheitert. Eine weitere Brutalisierung durch Kriegsführung und Menschenrechtsverletzungen ist zu erwarten. Leidtragend ist die Zivilbevölkerung, die zunehmend zwischen die Fronten gerät.

Beim größten Teil der Personen, die in die Schweiz kommen, handelt es sich um Tamilen und Tamilinnen, die aus den Kriegsgebieten im Norden oder Osten des Landes stammen. Die SFH geht davon aus, dass es in Sri Lanka keine Gebiete mehr gibt, in die sich diese Menschen in Sicherheit bringen können. Die Zahl der intern Vertriebenen schwankt je nach Quelle zwischen einer halben und einer Million. Es ist zu erwarten, dass die Kriegshandlungen weitere Vertreibungen mit sich bringen werden. Die SFH ruft die Schweizer Behörden deshalb dazu auf, von Wegweisungen abzusehen und die Ausreisefristen für bereits Abgewiesene bis auf weiteres zu verlängern. Außerdem sollte die Einreise in die Schweiz möglichst unbürokratisch ermöglicht werden. *Quelle: www.osar.ch* ■

Flüchtlinge fordern die Heimschließung

KATZHÜTTE. Am 26.2.2008 besuchten Vertreter des Landratsamtes und der Gemeindeverwaltung die Gemeinschaftsunterkunft (GU) Katzhütte. Presseberichten der „OTZ Rudolstadt" und der Zeitung „Freies Wort" zufolge, versuchen die Heimleitung, die Gemeindeverwaltung und die Vertreter des Landratsamtes die Unterbringunssituation der Flüchtlinge in Katzhütte zu verharmlosen und sogar deren Berichte teilweise als unwahr darzustellen. Aus diesem Grund haben die Bewohner erneut eine eigene Stellungnahme zu den Geschehnissen herauszugeben:



„Während des Besuches der Vertreter der besagten Behörden, versuchte die Heimleitung immer wieder zu verhindern, dass wir, die Bewohner des Flüchtlingsheimes Katzhütte die Zustände in unserer Behausung den Vertretern direkt schildern. Des Weiteren verbietet die Heimleitung, ohne ersichtlichen Grund, sämtlichen Pressevertretern bzw. uns persönlich, im Heim zu filmen oder zu fotografieren, was es unmöglich macht, die Situation im Heim einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen.

Den Presseberichten zufolge gibt die Heimleitung lediglich zu, dass in zwei Bungalows Schimmel in den Wänden ist, was sich allerdings leicht reparieren ließe. Wir möchten jedoch klarstellen, dass wir in einem ehemaligen Ferienheim wohnen, was noch zu DDR Zeiten gebaut wurde. Nur einige Bewohner wohnen in diesen ehemaligen Ferien-Bungalows. Die meisten wohnen jedoch in alten Baracken, deren Wände aus Hartpappe bestehen. Die Räume sind extrem hellhörig und es gibt für die dort lebenden Familien kaum Privatsphäre. Die ehemalige Ferienanlage ist zum einen alt und verbraucht, da sie nie restauriert worden ist, zum anderen wurde sie nie zum dauerhaften Bewohnen ausgerichtet. Die meisten der Bewohner der GU müssen dort allerdings für 5 Jahre und mehr wohnen bleiben.

Die Wände der Bungalows und Baracken sind kaum oder gar nicht gedämmt, weshalb sich viele der Bewohner elektrische Heizgeräte selber kauften. Diese wurden ihnen aber immer wieder von der Heimleitung weggenommen, mit der Begründung, die Geräte würden zu viel Strom verbrauchen.

Wir bekommen monatlich 106,00 Euro in Gutscheinen und 60,00 Euro in Bargeld ausgezahlt. Manche bekommen nur Gutscheine. Außerdem bekommen wir noch monatlich festgelegte Beträge für Kleidung, Hausrat und Hygieneartikel. Festgelegt ist auch, dass wir inklusive dieser Beträge monatlich 224,00 Euro ausgezahlt bekommen müssten. Ausgezahlt werden uns jedoch nur 166,00. Euro. Es heißt, die Heimleitung müsste von dem Geld Toilettenpapier und andere Hygieneartikel für die Gemeinschaft bereitstellen. Dies ist allerdings nicht der Fall. Fraglich ist also der Verbleib der 58,00 Euro die wir jeden Monat zu wenig ausgezahlt bekommen.

Kollektivbestrafungen wie die Drosselung der Wassertemperatur in der Nacht, bzw. dass Abschließen der Gemeinschaftsküche sind pädagogische Maßnahmen, die noch aus Zeiten des Ferienlagers zu stammen scheinen. Wir, Flüchtlinge aus aller Welt, die aus verschiedenen Gründen unsere Heimat verlassen mussten, fühlen uns durch derartige Repressalien, wie auch die Erfindung der Lebensmittelgutscheine und Urlaubsscheine in unserer Würde verletzt.

Wir fordern aus diesem Grund, keine Reparatur der schimmligen Wände in zwei Bungalows, sondern eine sofortige Schließung dieses Heims und eine Unterbringung in normalen Wohnungen, in denen es uns möglich ist, ein menschenwürdiges Leben zu führen!

Am 27.2.2008 sind ohne ersichtlichen Grund Polizeibeamte auf das Gelände des Heims und in unsere Gemeinschaftsküche eingedrungen. Seitdem fahren immer wieder Polizeiwagen Streife um das Heim.

Wir fordern außerdem, diese Art von Einschüchterungsversuchen sofort zu unterlassen!"

Die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Katzhütte

E-mail: thevoiceforum@emdash.org, http://thevoiceforum.org ■

Asylbewerber erbost: Restbeträge auf Wertschecks nicht ausbezahlt

SONNEBERG. Es ist schon vorgekommen, dass eine Verkäuferin dem Asylbewerber die Packung Kaffee wieder vom Band genommen und zurück ins Regal gestellt hat. Begründung: Das sind Genussmittel. Die sind nicht für Sie gedacht." Sandra Jesse seufzt. Die Sprecherin des Thüringer Flüchtlingsrates weiß, dass es allerorten im Freistaat immer wieder Probleme gibt, wenn Asylbewerber mit ihren Gutscheinen einkaufen wollen.

Das Landratsamt Sonneberg hält sich an die Thüringer Generallinie, die Wertschecks vor Bargeld setzt. Mit Folgen. Anfang des Jahres wurde das System umgestellt. Statt eines elektronischen Chips, der beim Einkauf in den diversen Discountern der Spielzeugstadt das Eingekaufte abbucht, wird nun zum Monatsanfang eine Zettelwirtschaft ausgereicht. 70 grüne Blättchen, davon zwölf zu 5 Euro, 26 zu 2 Euro, zehn zu einem Euro und neun 50-Cent-Papierchen. Drei haben den Wert von 10 Cent aufgemustert bekommen. Summa summarum 126,80 Euro, auf die Mustafa Hamad Delschad qua Leistungsermittlung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) monatlich Anspruch hat, um davon die Kosten für Brot und Seife zu bestreiten. Obendrauf kommen 40,90 Euro bar ausbezahltes Taschengeld. In einem Satz: Halbes Hartz IV für Essen und Trinken im Monat.

Der irakische Kurde hat seine eigenen Erfahrungen mit den Gutscheinen gemacht. „Das Rückgeld wird nicht herausgegeben." Zwar steht auf den Schecks aufgedruckt, dass zumindest Rückgeld bis zu zehn Prozent des Nennwerts ausbezahlt wird, doch Pustekuchen. An der Kasse, so haben es die Flüchtlinge ein ums andere Mal erlebt, erweisen sich die Kassiererinnen als Bollwerk gegen Bares. „Freies Wort" begleitete den 44-Jährigen zu einem Billig-Textilmarkt. Die Packung Socken für 3,99 Euro wurde mit einem 5-Euro-Gutschein beglichen. „Geld gibt's aber nicht zurück", sagt die Verkäuferin. „Anweisung aus der Zentrale", heißt es knapp zur Begründung. Nicht einmal die sogar auf dem Gutschein zugestandenen zehn Prozent, also 50 Cent, werden herausgerückt.

„Wo geht das Geld hin, wer behält das?", fragt Delschad erbost. Das Leben in Deutschland ist teuer, seufzt der Mann, der 2002 aus dem Irak floh, weil sein Leben als Angehöriger einer Minderheit von der Diktatur bedroht wurde. In der Demokratie, so sieht er es, wird er nun beklaut.

„Dass Alkohol und Tabak mit den Gutscheinen nicht gekauft werden dürfen, das lesen die Verkäuferinnen auch. Aber, dass sie Rückgeld bis zehn Prozent ausbezahlen müssen, das lesen sie nicht", schimpft der Flüchtling. „Stecken die sich das als Trinkgeld ein?"

„Schwachsinn", sagt dazu eine Sonneberger Verkäuferin, die anonym bleiben möchte. Die eigentliche Frechheit sei doch, dass der Scheck-Stuss am Schluss dem Letzten in der Kette, der Verkäuferin an der Kasse, aufgehalst wird. „Nach Anweisung von oben." Ob Firmenzentrale oder Sozialstaat, ist ihr dabei egal. Nur ausbaden müsse sie eben die ständigen Beschwerden.

Protestbrief der Flüchtlinge

Alles wird ständig teurer, von der knapp bemessenen Hilfe auch noch das Rückgeld abgezockt zu bekommen, empfindet der Kunst- und Mathelehrer Delschad als demütigend. Delschads Einkaufstour steht Pate fürs Allgemeinbild. In nahezu allen Textilbuden oder Lebensmittelrampen haben die in der Sammelunterkunft in der Sonneberger Gustav-König-Straße untergebrachten Flüchtlinge Vergleichbares erlebt. Gehässige Kommentare vom Gegenüber an der Kasse gab's mitunter gratis obendrauf: Wem es nicht passt, der solle doch heimgehen.

Einzig im Penny-Markt oder bei Diska werde nach den aufgedruckten Regeln verfahren bzw. der Rest vom Wertgutschein erstattet. Mal so, mal so geht es bei Kaufland aus. Bei Edeka, kik und NKD heißt es mitunter lapidar auf den Kassenbons: Rückgeld verfällt.

Nachdem sich die eigenwillige Praxis herumgesprochen hat, war der Ärger groß in der Sammelunterkunft. Eine Petition wurde aufgesetzt, rund 40 Flüchtlinge unterschrieben, protestierten gegen die Umstellung von Chipkartensystem auf Wertgutschein. Eine Antwort steht bis heute aus, dem Landratsamt Sonneberg ist von der Existenz eines Beschwerdebriefes zudem nichts bekannt, so Behördensprecher Michael Volk. Trotz der offensichtlichen Probleme, die die Neuerung zulasten der Flüchtlinge mit sich bringt, sieht das Landratsamt keinen Grund diese wieder zurückzunehmen.

Gelegenheit, es überhaupt nicht soweit kommen zu lassen, hätte das Landratsamt gehabt. Flüchtlingsratssprecherin Jesse verweist auf eine Forderung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeauftragten Thüringens. Das Gremium hatte Anfang September in Erfurt getagt. Die Ausländerbeauftragten nahmen die landesweite Vertragskündigung des Chipkartenanbieters Sodhexo zum Anlass zu fordern, generell von Sachleistungen auf einheitliche Geldzahlungen für Asylbewerber, Geduldete und weitere Leistungsberechtigte umzustellen. „Mit dem Verweis auf den Vorrang von Sachleistungen gegenüber Geldzahlungen hatte der Gesetzgeber beabsichtigt den Massenzustrom von Flüchtlingen nach Deutschland einzuschränken. Durch Senkung der Attraktivität von Leistungen zum Lebensunterhalt sollten Anreize genommen werden." In der Praxis habe sich aber gezeigt, dass diese Beschränkung wenig wirksam ist. Die Asylbewerberzahlen sind aus eher anderen Gründen rückläufig. „Das vermeintliche Regulativ Leistungsgewährung trägt dazu nicht oder kaum bei."

Durch die gesonderte Behandlung durch Gutscheine würden Flüchtlinge stigmatisiert, und durch den Verweis auf bestimmte Einkaufsstätten oder durch den Ausschluss von Wechselgeldzahlungen benachteiligt. „Zudem werden durch die für jedermann offensichtliche umständliche Behandlung dieser betroffenen Ausländergruppe unnötige Angriffsflächen für Fremdenfeindlichkeit geschaffen. Gerade im Zusammenhang mit der neuerlichen Diskussion über Rechtsextremismus wäre hier ein politisches Signal gegen Ausgrenzung von Flüchtlingen wünschenswert."

Den Verwaltungsaufwand könne man sich also glatt sparen. Dazu kommt: Im ländlichen Raum ist es für Asylbewerber zunehmend schwierig Läden aufzutun, die Wertschecks überhaupt akzeptieren. Den Appell, von Gutscheinen auf Bargeld umzuschwenken, hat kein Sonneberger unterschrieben. Die Position eines Ausländerbeauftragten lässt der Kreistag seit Jahren unbesetzt.

„Freies Wort" nahm die Beschwerde der Asylbewerber zum Anlass einer Nachfrage beim Anbieter des Wertschecksystems. Sodhexopass-Sprecher George Wyrwoll zeigte sich unangenehm überrascht: „Das steht deutlich im Widerspruch zu dem, was wir als praktikable Lösung konzipiert haben." Dass das nicht ausbezahlte Restgeld schlussendlich verfällt, ist seine Vermutung. Wenn die Discounter mit dem Pass des Frankfurter Versorger-Multis abrechnen, könne schließlich nur das abgebucht werden, was als Ware zuvor herübergereicht wurde. Wie auch immer: Man werde Kontakt mit den Akzeptanzstellen aufnehmen und die Angelegenheit prüfen. „So ist das nicht zu billigen."

Quelle: www.freies-wort.de / flucht mailing list, flucht@nds-fluerat.org ■

Ostermärsche 2008

Vor 50 Jahren führte der erste Ostermarsch von London zur Atomforschungsanlage Aldermaston (7. April 1958). Andreas Buro schreibt darüber im FriedensForum 1/2008. Die englische CND erinnert daran dieses Jahr mit einer Veranstaltung am gleichen Ort. In der damaligen Bundesrepublik wurde das englische Beispiel zwei Jahre später aufgegriffen (1960 in Bergen Hohe) und bis heute ist die Tradition ungebrochen.

Die Aktionen in diesem Jahr stellen die Kriegseinsätze in Afghanistan, Irak und die politische Lösung des Schlüsselkonflikts Israel/Palästina in den Mittelpunkt. Auch das ursprüngliche Ostermarsch-Thema wird aufgegriffen, die Abschaffung aller Atomwaffen und die Auflösung des deutschen Atomwaffenlagers Büchel gefordert.

Die Ostermärsche finden traditionell in regionaler und lokaler Verantwortung statt. Auf der Website der Friedenskooperative (Bonn) findet sich eine Übersicht über die geplanten Ostermärsche, die Aufrufe aus den Regionen sowie z.T. auch die vorgesehenen Redner und Kundgebungsprogramme.

Diese Termin- und Inhaltsübersicht wird auch nach den Veranstaltungen immer noch weiter ergänzt.

Infos: Netzwerk Friedenskooperative
Tel.: 0228/692904,
www.friedenskooperative.de

Wir dokumentieren den Aufruf zum Ostermarsch 2008 in Frankfurt am Ostermontag, 24. März:

Dem Frieden eine Chance

Die Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, sind zum Scheitern verurteilt. Unschuldige Menschen sterben, Länder werden verwüstet, Hass und Verzweiflung wachsen an. Wir fordern ein Absage an eine Weltneuordnungsstrategie und die Umkehr zu einer neuen Politik, basierend auf internationaler Verständigung, Abrüstung, Gerechtigkeit, Solidarität, Armutsbekämpfung und nachhaltigen Umgang mit der Natur. Wir verlangen von der Bundesregierung die Unterstützung von Alternativen zur zivilen Konfliktregelung, Verhandlungen statt Sanktionen und Kriegsdrohungen.

Truppen raus aus Afghanistan

Der grundgesetzwidrige Einsatz einer deutschen schnellen Eingreiftruppe in Afghanistan verstrickt unser Land noch tiefer in den so genannten Antiterrorkrieg und damit in die direkte Kriegsbeteiligung. Damit geschieht genau das Gegenteil dessen, was die Bundesregierung versprach. Nicht das zivile Engagement wird verstärkt, sondern das militärische. Naher und Mittlerer Osten werden zunehmend zu einem Pulverfass. Der Konflikt wird dadurch weiter geschürt, dass den Palästinensern die Unterstützung für einen lebensfähigen Staat verweigert wird.

Krieg ist Terror und keine Terrorbekämpfung

Seit über sechs Jahren sind für die USA und ihre Verbündeten Afghanistan und der Irak die zentralen Kriegsschauplätze. Insbesondere im Irak hat der Krieg durch die Besatzer hunderttausendfache Todesopfer unter Zivilisten gefordert und Millionenfache Vertreibung. Für die Menschen dieser Länder ist Krieg nur Terror und die fremden Truppen sind Besatzer.

Rüstung tötet schon im Frieden

Den Unsummen für Rüstung und Kriegsführung stehen Almosen für Friedensdienste und Entwicklungshilfe gegenüber. Eine besondere Art von „Entwicklungshilfe“ in Krisengebiete sind zudem Rüstungsexporte aus Deutschland. Bereits mit einem Bruchteil der weltweiten Militärausgaben wären Hunger, Armut und Konfliktpotenziale in Krisenregionen zu bewältigen.



Keine Angriffskriege zur Ausplünderung von Bodenschätzen

Es ist kein Zufall, dass die von den Industrienationen ins Visier genommenen Kriegsgebiete reiche Bodenschätze besitzen oder für deren Transport sehr wichtig sind. Die Umrüstung der Bundeswehr zu einer kriegsfähigen Armee überall auf der Welt, steht im Widerspruch zu Grundgesetz und Hessischer Verfassung. Dieser Verfassungsbruch (Art. 26 des Grundgesetzes verbietet Angriffskriege) wird durch den Reformvertrag der Europäischen Union zur offiziellen Politik.

Kein neuer kalter Krieg in Europa

Seit der geplanten Raketenabwehr der USA in Polen und Tschechien verschlechtert sich das Klima zwischen Russland und der Nato. Es droht ein Rückfall in den Kalten Krieg, gegen den bereits die Ostermarschbewegung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gekämpft hat. Die geplante Verlagerung des US-Hauptquartiers nach Wiesbaden macht unsere Region noch mehr zur Drehscheibe für Kriegseinsätze.

Spart endlich an der Rüstung

Wir brauchen keine neuen Waffen und zusätzliche Milliarden für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir brauchen eine Politik, die Konfliktursachen beseitigt und statt Rüstungsgelder zu verschwenden, notwendigen zivilen Projekten wie vorrangig der Beseitigung von Armut zur Verfügung stellt.

Keine Militarisierung im Inneren

Mit ständig geschürter Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt. Seit dem verfassungswidrigen Bundeswehreinsatz in Heiligendamm 2007 wird damit auch eine Militarisierung im Inneren legitimiert.

Wir fordern:

- **Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan**
- **Abzug aller Besatzungsmächte aus Irak und Afghanistan**
- **Unterstützung für einen lebensfähigen Staat Palästina**
- **Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen**
- **Demokratie und Menschenrechte statt Militarisierung**
- **Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden**

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Deutschlandpakt auch bei Kommunalwahlen in NRW

NRW. Der sogenannte Deutschlandpakt zwischen NPD und DVU bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen werde auch bei den Kommunalwahlen 2009 in NRW fortgeführt, heißt es von Seiten der NPD NRW. Markus Pohl, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit teilte mit, am 2.3.2008 hätten sich Vertreter der Landesverbände von NPD und DVU getroffen, um ein gemeinsames Vorgehen bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr zu besprechen. Man habe vereinbart, in welchen Regionen die NPD und in welchen Regionen die DVU zur Kommunalwahl antreten wird. Beide Parteien hätten sich gegenseitige Unterstützung der Wahlantritte zugesagt, was sich neben der eigentlichen Wahlkampfunterstützung auch in Form von Kandidaten für die jeweiligen Listen niederschlagen könne. Sowohl der DVU-Landesvorsitzende von NRW, Max Branghofer, als auch der NPD-Landesgeschäftsführer, Claus Cremer, betonen in Stellungnahmen, dass „nur ein gemeinsames Handeln auch zum Erfolg führen wird." Für Cremer heißt das aber auch die Einbeziheung der „Freien Kräfte": „Ich bin mir sicher, daß wir diese Erfolge zusammen mit den Kameraden der DVU und den Kameraden des parteiungebundenen Spektrums erreichen können."

Sollten auch die REP noch zur Wahl antreten, erwächst den „Pro"-Kandidaturen diverse Konkurrenz.

Quelle: PM NPD NRW ■

NPD startet Kampagne „Sozial geht nur national"

„Mit dem Frühling startet auch die NPD und ihre Jugendorganisation JN eine neue Öffentlichkeitsoffensive. ‚Sozial geht nur national' ist der Name der nationalen Kampagne." heißt es auf der Website der Bundes-NPD.

Bundesweit würden in den nächsten Wochen hunderttausende Flugblätter, Zeitungen und Aufkleber verbreitet. Zudem würden hunderte Infostände den Menschen dieses Landes die Möglichkeit geben, sich über die Nationaldemokraten und ihr soziales Wollen zu informieren. Die verschiedenen Materialien – eine Kampagnenzeitung sowie zahlreiche Flyer zu verschiedenen sozialen Themen – stehen bereits als Download zur Verfügung.

Als Höhepunkt der Kampagne wird eine Großdemonstration am 1. Mai in Nürnberg angekündigt.

Großspurig heißt es: „Nationalismus ist ein politischer Frühling. Machen wir den Frühling dieses Jahres zum Signal des Aufbruches."

Nach den diversen Wahlschlappen dieses Frühjahrs scheinen die Anhänger ein wenig Aufmunterung nötig zu haben.

Quelle: Website der NPD ■

„Junge Freiheit" interviewt Gustloff-Überlebenden

Junge Freiheit Nr. 10/08
vom 29. Februar 2008

Das Blatt interviewt aus aktuellem Anlass – dem am 1. und 2. März ausgestrahlten ZDF-Zweiteiler „Die Gustloff" – den Überlebenden Heinz Schön, der als 4. Offizier auf der Gustloff tätig war. Nach dem Krieg, so die JF, recherchierte Schön unermüdlich, baute das „Gustloff-Archiv" auf und hat inzwischen 3 Bücher zum Thema geschrieben. Im Interview erwähnt er, auch bei einem Kinofilm 1959 „Nacht fiel über Gotenhafen" die Filmemacher bereits als Zeuge des Geschehens beraten zu haben. Schön: „Was das Dokumentarische betrifft, war ‚Nacht fiel über Gotenhafen' ganz hervorragend, aber Regisseur Frank Wisbar hat eigentlich weniger die Gustloff-Tragödie an sich als ein Thema für einen Anti-Kriegsfilm im Sinn gehabt." Dass das ZDF das Thema jetzt anders angeht, gefällt ihm: „Der neue Film behandelt das Thema weniger bedeutungsschwer, sondern versucht, das Geschehen im Rahmen eines Unterhaltungsfilms zu vermitteln. Damit ist es wesentlich eingängiger für das große Publikum."

„JF: Sie empfehlen also, auf jeden Fall den Film am Sonntag- und Montagabend nicht zu verpassen?

Schön: Ja unbedingt! Denn ich glaube, es ist trotz allem (gemeint sind kleinere Ungereimtheiten im Drehbuch) ein großer und ein mutiger Film. Nicht zuletzt deshalb, weil er auch stellvertretend steht für all das unerzählte Leid, das so viele Deutsche damals durchleben mussten – es ist eine deutsche Tragödie."

Schön bestätigt im Grunde so die vielfach vorgetragene Kritik an dem Fernsehfilm, er habe eine revisionistische Sichtweise, weil er den geschichtlichen Gesamtzusammenhang nahezu ausblende und die deutschen Schiffspassagiere nur als Kriegsopfer darstelle.

Genau das muss man doch auch mal sagen dürfen, ist der Tenor des Interviews und auch wie immer über die Wehrmacht gesprochen wird, gefällt Schön nicht: „… bis heute wird in der breiten öffentlichen Darstellung verschwiegen, dass die deutsche Kriegs- und Handelsmarine 2,5 Millionen Deutsche über die Ostsee gerettet haben. Eine enorme humanitäre Leistung!"

Gefragt, wie er sich dieses „Tabu" erkläre, fährt er fort: „Die Wehrmacht und damit auch die Marine gilt heute ja gemeinhin meist nur noch als ‚Hitlers Kriegsmaschine', und da passen Heldentaten nicht ins Bild. Am Ende würde das vielleicht noch positiv auf Großadmiral Dönitz abfärben! Nicht zuletzt liegt es vielleicht daran, dass die Frage nach den deutschen Opfern im Zweiten Weltkrieg heute auf die Formel reduziert wird: Selbst schuld, auf uns fiel nur zurück, was wir angefangen haben."

Der Stern veröffentlichte einen interessanten Artikel zu dem „Fachberater" Schön in Sachen „Gustloff" und seinen diversen Berührungspunkten mit der extremen Rechten: http://www.stern.de/politik/panorama/612929.html. *u.b.* ■

Spendenkampagne

Noch ist das Spendenziel von 2000 Euro nicht erreicht! Bis jetzt wurden 1624 Euro gespendet. Vielen Dank! Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419507